

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1920**

139 (19.6.1920) Erstes Blatt



# VOLKSFREUND

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Durch unsere Träger 4.— M. einschl. 80 A Postgebühren; bei Abholung in der Geschäftsstelle und in Abgaben 8.00 M.; durch die Post bezogen 8.80 M., ohne Abhol- u. Bestellgebühren, monatlich. Einzelgeplax 20 A.

Anzeige: Berlags mittags; Geschäftszeit: 10—11 und 2—3 Uhr abends. Fernspr. Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481.

Anzeigen: Die 1spaltige Kolonelle 1.—M. Die 2spaltige 2.—M. Die 3spaltige 3.—M. Bei Wiederholungen Rabatt nach Tarif. — Annahmeschluss 1/2 Uhr vormittags, für größere Aufträge nachmittags zuvor.

### Rüstung der deutschen Unternehmer für die Wirtschaftskämpfe.

#### Die große organisatorische Rüstung des Unternehmertums.

#### Zusammenschluß aller deutscher Unternehmerverbände.

Berlin, 19. Juni. Die Organisationen der landwirtschaftlichen Unternehmungen und die Spitzenverbände von Handel, Industrie, Handwerk und Gewerbe haben gestern den Zusammenschluß zu einem Zentralausschuß der Unternehmerverbände beschlossen. Dem Zentralausschuß werden angehören: Reichsausschuß der deutschen Landwirtschaft, Reichsverband der deutschen land- und forstwirtschaftlichen Unternehmungen, Reichsverband des deutschen Handwerks, Hansa für Gewerbe, Handel und Industrie, Zentralverband des deutschen Großhandels, Vereinigung der Unternehmerverbände des Großhandels, Hauptgemeinschaft des deutschen Eisenhandels, Zentralverband des deutschen Bank- und Bankiergewerbes, Reichsverband der Bankleitungen, Arbeitgeberverband deutscher Versicherungsunternehmen, Zentralstelle für das deutsche Transport- und Verkehrs-gewerbe. Der Zentralausschuß bezweckt die geschlossene Wahrnehmung der gemeinsamen wirtschaftspolitischen Interessen der deutschen Unternehmerschaft und die einheitliche Abwehr aller gegen sie gerichteten Bestrebungen. Durch die Errichtung dieses Zentralausschusses hat die Forderung des Hansabundes zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß der Unternehmer ihre Erledigung gefunden. Der Zentralausschuß wird über die Bildung von örtlichen und bezirkslichen Ausschüssen gleicher Art und über die Durchführung der notwendigen Maßnahmen zur Erreichung der gestellten Ziele auf örtlicher Grund-lage die erforderlichen Richtlinien erlassen.

### Die Bemühungen um die Regierungsbildung.

Berlin, 18. Juni. Der „Frankfurter Bg.“ wird berichtet: Herr Fehrenbach hat unter Mitwirkung seines Parteifreunds des Reichsausschusses die allgemeine Behauptung heute fortgesetzt. Er scheint geneigt zu sein, nach der Erklärung der Deutschen Volkspartei, daß sie entweder sich der Opposition anschließen oder in das Kabinett eintreten werde, eine Zwischenstellung in wohlwollender Neutralität aber ablehnen müsse, bereit zu sein, die deutsche Volkspartei in sein Ministerium einzubeziehen. Soll dieser Weg Aussicht auf Erfolg haben, so ist dafür Voraussetzung, daß auch der in der Sozialdemokratie ruhende linke Flügel näher an die aus Zentrum und Demokraten bestehende Mitte heranrückt. Entschärfungen sind darüber noch nicht gefallen und, wie wir hören, dürfte die heutige Fraktionsbildung der Demokraten noch nicht zu einem endgültigen Beschluß führen, sobald sich die getrennt noch bestehenden Ausschüsse auf eine sehr rasche Lösung nicht zu verpflichten scheinen. Soweit ergab aber die heutige Fraktionsbildung der Demokraten, daß auch auf den Inhalt des Programms das Hauptgewicht zu legen ist. Die demokratische Partei kann sich an keiner Regierung beteiligen, die zu einer Rechtsorientierung führen und die Sozialdemokratie in eine prinzipielle Opposition drängen würde. Verhandlungen darüber sind weiter im Gange, wie die Sozialdemokratie, ohne daß sie ihren eigenen Wünschen entsprechend im Kabinett vertreten ist, doch in weitgehendem Maße Einfluß auf die Politik der Regierung erhalten könnte.

Weiter wird vom Freitag abend berichtet: Die Vertagung der Entscheidung der Krise wurde durch die Demokraten veranlaßt. Die Aussprache, die sie gestern vormittag hatten, war sehr lebhaft. Einer ihrer Vorschläge ging laut „Berliner Tageblatt“ dahin hinaus, daß die Demokraten nicht selbst in das Kabinett eintreten wollten, dafür aber sich verpflichteten, einer aus dem Zentrum und Deutscher Volkspartei gebildeten Regierung ihre Unterstützung zu leisten, unter Wahrung ihrer politischen Grundzüge. Diesen Vorschlag erklärten Fehrenbach und Reimann unter keinen Umständen annehmen zu können. Sie würden nicht mit der Deutschen Volkspartei allein eine Regierung bilden und lieber auf weitere Versuche, ein Kabinett zustande zu bringen, verzichten, wenn die Deutschen Demokraten ihre Mitwirkung ablehnten.

Der „Vorwärts“ schreibt: Wenn die Demokraten ihre Teilnahme an der Regierung ablehnen, dann wird alles wieder ins Ungewisse gestellt sein, jedoch scheint bei den Demokraten die Ansicht zur stärkeren Geltung zu kommen, daß für sie etwas anderes gilt, als für die Sozialdemokraten, daß ein Ende der Krise gefunden werden muß, und daß sie als Abwehrposten gegen reaktionäre Vorstöße in der Regierung eine wichtige Funktion ausüben könnten.

Der „Vorwärts“ hebt hervor, daß, so lange die Zusammenfassung und das Programm der neuen Regierung nicht festgestellt werden kann, so lange die Demokraten sich nicht entscheiden haben auch kein Wort über die Haltung der Sozialdemokraten gesprochen werden könne. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trete am Dienstag nachmittags zusammen. Man denke, daß bis dahin die neue Regierung gebildet und ihr Programm bekannt gegeben sei, so daß es dann möglich sein werde, zu ihrer Stellung zu nehmen.

Berlin, 19. Juni. Die gestrigen Abendblätter rechnen mit einem Kabinett Fehrenbach unter Beteiligung des Zentrums, der Demokraten und der Deutschen Volkspartei. Die endgültige Entscheidung der Demokraten ist noch nicht erfolgt.

Berlin, 19. Juni. Die demokratische Partei, von deren Entschließen man eine Lösung der Krise erwartet, ist in ihrer Beratung bis jetzt zu keinem Entschluß gekommen.

#### Die Schulden der Stadt Berlin.

Berlin, 19. Juni. Nach einer Mitteilung des Magistrats hat die Stadt Ende April 1920 eine schwebende ungetragene Schuld von 522 Millionen Mark.

### Keine Aufhebung der Zwangswirtschaft.

#### Umbau der Bewirtschaftungsorganisation. — Verminderung der Kriegsgesellschaften.

Die „Vossische Zeitung“ bringt in auffälliger Weise unter der Überschrift „Allgemeine Aufhebung der Zwangswirtschaft, wöhriger Abau zum 1. Oktober“ durchaus unzutreffende Angaben über die Pläne, die das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft in dieser Hinsicht verfolgt. Dem gegenüber wird bemerkt, daß das Reichsministerium an eine Aufhebung der Zwangswirtschaft bis zum 1. Oktober nicht gedacht hat und nicht denkt. Im Gegenteil steht das Ministerium auf dem Standpunkt, daß schon im Hinblick auf die allgemeine Ernährungslage eine solche Maßregel die größten Gefahren mit sich bringen würde. Das Ministerium hält nach wie vor daran fest, daß für die wichtigsten Nahrungsmittel in der nächsten Zukunft an eine Freigabe nicht gedacht werden kann. Das gilt nicht nur für Getreide und Mehl, sondern auch für Fleisch. Selbst hervorragende Vertreter der Landwirtschaft haben die Berechtigung der gegen die Aufhebung der Zwangswirtschaft bestehenden Bedenken anerkannt und während der Uebergangszeit sich mit dem höchsten Umbau der Zwangswirtschaft einverstanden erklärt, bis durch den Wiederaufbau unserer Viehwirtschaft die Vorbedingungen für die Freigabe von Vieh- und Fleischzufuhren geschaffen sind. Soweit als möglich soll die freie Zufuhr zugelassen werden zunächst für Milch, Eier, frische Gemüse und Obst mit Ausnahme des Kürbisses und der Süßfrüchte. Später soweit auch als möglich für andere Lebensmittel. Bei der heutigen Ernährungslage wäre es unverantwortlich, wenn nicht alles gefehle, was unsere Ernährung durch reichere Zufuhren aus dem Auslande verbessern und verbilligen könnte. Als weitere Folge dieser Wiederverstellung des freien Handels ergibt sich dann die seit langem von Volk mit Recht geforderte Verminderung der Kriegsgesellschaften, in deren Abau das Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft allerdings ein wesentlich beschleunigtes Tempo einschlägt. Für diejenigen Nahrungsmittel, die die Grundlage der Ernährung bilden, kann jedoch eine Lockerung oder Aufhebung der Zwangswirtschaft erst in Frage kommen, wenn Sicherheit besteht, daß bei freier Wirtschaft für jeden die Dedung des Bedarfs zu erträglichen Preisen möglich ist.

#### Was die Franzosen von Deutschland wollen.

Paris, 19. Juni. Anlässlich der Beerdigung des Kriegsministers erklärte der Kriegsminister weiter, die Regierung sei entschlossen, immer die Mittel bereit zu halten, um von Deutschland die Bezahlung von 60 bis 80 Milliarden in der Sicherung von Kohlen und die Ausführung der anderen Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages durchzusetzen. Dies sei nicht eine Sprache der brutalen Gewalt, sondern die Sprache des Rechts. Die Ausführungen des Ministers fanden die Zustimmung der Kammer.

#### Steuerabzug am 25. Juni.

Berlin, 19. Juni. Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt: Die Bestimmungen über die Erhebung der vorläufigen Einkommensteuern durch Abzug von Arbeitslohn treten am 25. Juni in Kraft. Arbeitgeber, die Gehälter oder Löhne, die nach dem 25. Juni fällig werden, vor diesem Tage auszahlen, machen sich wegen Steuerhinterziehung strafbar.

#### Die französische Gewaltpolitik in der Pfalz.

Ludwigshafen, 18. Juni. Heute morgen zwischen 4 und 5 Uhr wurden drei weitere Arbeiterführer Pfälzer, Baum und Hauser durch die Franzosen verhaftet und mit Automobilen in das Militärgerichtsgesängnis nach Landau verbracht. Sie sollen in den öffentlichen Versammlungen am 15. Juni in Ludwigshafen aufreizende Reden gegen die französischen Behörden gehalten haben. Heute morgen ließ der französische Pfalzkommandant Klafate anfragen, in denen er die Bewohner vor feindseligen Kundgebungen warnt. In dem Plakat wird weiter behauptet, die früher verhafteten drei Arbeiterführer hätten eine Spionageaktivität und Aufwühlpropaganda gegen die Besatzungstruppen getrieben, wofür die französischen Behörden die Beweise hätten. Das ordentliche Gerichtsverfahren gegen diese Führer sei eingeleitet.

In einer an den Pfalzpfälzen angeschlagenen Bekanntmachung weist der französische Kommandeur nochmals darauf hin, daß die von den französischen Militärbehörden vorgenommenen Verhaftungen keinen politischen Charakter trügen. Das eingeleitete Verfahren richte sich gegen Spionageaktivität und gegen eine Organisations für einen Aufstand gegen die Besatzungstruppen, wofür das Militärgericht Beweise in der Hand habe.

Ludwigshafen, 18. Juni. Heute ist eine große Kavallerieabteilung mit Maschinengewehren in Ludwigshafen eingedrückt. Die Lage hat dadurch eine neue Zuspitzung erfahren.

#### Vom Landarbeiterstreik im Pommeren.

Stettin, 19. Juni. Der Landarbeiterausstand in Hinterpommern, der beinahe nach dem Scheitern von Tarifverhandlungen ausgebrochen ist, nimmt erheblich an Umfang. Zum Teil werden sogar die Hofstadtdarbeiter behindert und Arbeitswillige durch tätliche Angriffe gefährdet, so daß die Milchlieferung nach den Städten zum Teil aufhört.

#### Die Bolschewisten wollen friedlich sein?

Amsterdam, 19. Juni. Der Präsident der Moskauer Sowjets, Kamenev, hat dem Berichterstatter des „Daily News“, der die englische Arbeiterabordnung nach Russland begleitete, gesagt: Unser Ziel ist nicht, den Kommunismus in den andern Ländern mit Hilfe von Boykotten und Gewehren einzuführen, sondern gegenseitige Beziehungen möglich sein.

### Zur Einführung der neuen Reichs-Einkommensteuer.

Von Bürgermeister Friedrich Klees.

Ein wichtiger Tag für unser gesamtes Finanzwesen ist der 25. Juni 1920. Es ist angeordnet worden, daß mit diesem Tage die §§ 45 bis 52 des Reichseinkommensteuergesetzes in Kraft treten. Es sind das die Bestimmungen, die den Abzug der Steuerbeträge vom Lohn behandeln. Damit beginnt sich die drückende Last der neuen Steuer für unser ganzes Wirtschaftsleben fühlbar zu machen.

Die Abzüge werden manche Erregungen auslösen. Ist doch auch die pöbliche Herabminderung des Gehalts oder Lohnes um so erhebliche Beträge mehr als eine Härte. Aber was hilft? Auf welche Weise soll das Reich, das Land und die Gemeinde sonst die ungeheuren Lasten decken? Der Reichstag hat den Lohnabzug deshalb gewährt weil er glaubte, sonst auf anderem Wege die hohen Steuerbeträge nicht hereinzubekommen. Wir müssen uns mit den Tatsachen abfinden und keine Regierung, die es ehrlich mit dem Gesamtwohl meint, kann daran etwas ändern. Wenn zum Zwecke der vermeintlichen Abwehr der Steuer von den Arbeitern hier und da zu dem Mittel des Streiks gegriffen wird, wie es beabsichtigt ist, so wird dadurch gar nichts geholfen. Unser Wirtschaftsleben wird vielmehr nur noch unrunder. Deshalb ist es auch unerlässlich, sich mit den Vorschriften des neuen Gesetzes vertraut zu machen.

Neben den Kreis der Steuerpflichtigen, die Höhe der Steuer usw. sind wiederholt schon Mitteilungen durch die Zeitungen gegangen. Im allgemeinen, von einigen Ausnahmen abgesehen, ist steuerpflichtig, wer ein Einkommen von mehr als 1500 M. jährlich hat. Dieser Betrag wird als steuerfreies Existenzminimum angesehen. Von den überschreitenden einkommen angefangen über 1000 M. werden 10 v. H., von den zweiten 11 v. H., von den dritten 13 v. H. usw. erhoben. Bei den höheren Einkommen von 16 000 M. und mehr tritt dann eine andere Staffelung ein. Das Kinderprivileg gewährt für die Ehefrau und jedes zur Haushaltung des selbständig zu veranlagenden Steuerpflichtigen zählende minderjährige Kind einen steuerfreien Betrag von je 500 M. Hat aber ein minderjähriges Kind Arbeitseinkommen, so ist es selbständig zu veranlagern. Der Abzug der 500 M. findet dann bei dem Vater statt.

Die bisherige jeder Steuerpflichtige „veranlagt“, und zwar nach dem steuerpflichtigen Jahreseinkommen, das in dem dem Rechnungsjahre unmittelbar vorangegangenen Kalenderjahre bestanden hat. Alle Personen, deren steuerbares Einkommen den Betrag von 3000 M. im vorausgegangenen Kalenderjahre übersteigt, sind zur Abgabe einer Einkommensteuererklärung verpflichtet. Ueber die zu entrichtende Steuer wird ein schriftlicher Steuerbescheid erteilt. Inzwischen sind aber die vorgesehene Vorstufe- und Teilszahlungen zu entrichten.

Die wichtigste Abschlagszahlung ist der Abzug, den die Arbeitgeber bei jeder Lohnzahlung zu machen haben und zwar in Höhe von zehn vom Hundert des Entgelts. Als Arbeitslohn gilt jede in Geld oder Geldwert bewirkte Vergütung für Arbeitsleistungen, insbesondere Gehälter, Besoldungen, Löhne, Lohntien, Gratifikationen oder unter sonstiger Benennung gewährte Bezüge, der in öffentlichem oder privatem Dienst angestellten oder beschäftigten Personen, Wartegelder, Ruhegehälter, Witwen- und Waisenspenden und andere Bezüge für frühere Dienstleistungen oder Berufstätigkeit. Der Wert der Natural- und sonstigen Sachbezüge ist zur Bemessung des einzuhaltenden Betrages mit dem Betrage anzurechnen, der sich aus den Lohnvereinbarungen ergibt. Solche sind neuerdings insbesondere in der Landwirtschaft anzutreffen in der tariflich genau festgesetzt ist, zu welchen Wertes die hauptsächlichsten Bezüge wie freie Wohnung, Kartoffelversorgung usw. zur Anrechnung kommt. Bei vielen Arbeitergruppen, die auch regelmäßig Sachbezüge erhalten, wie häusliche Dienstboten, Handwerkergehilfen auf dem Lande usw. bestehen derartige Vereinbarungen aber noch nicht, liegen sie nicht vor, so ist der Wert der Natural- und Sachbezüge nach den Ortspreisen anzurechnen, die das Versicherungsamt nach § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung festgesetzt hat. In Abzug kommen die Beiträge zur reichsversicherlichen Kranken-, Invaliden- und Angestelltenversicherung, soweit sie zu Lasten des Arbeitnehmers verrechnet worden sind. Als Lohnzahlungen gelten nicht Versorgungsgebühren, die auf Grund einer infolge des Krieges erlittenen Dienstbeschädigung bezogen werden. Bezüge aus der Krankenversicherung usw. Der einzuhaltende Betrag ist, wenn die Lohnzahlung für eine Woche oder für einen längeren Zeitraum erfolgt, auf volle Mark nach unten abzurunden, im übrigen auf volle zehn Pfennige nach unten.

Jeder Arbeitnehmer hat sich von der Gemeindebehörde seines Wohn- oder Beschäftigungsortes eine Steuerkarte ausstellen zu lassen. Die Ausstellung erfolgt unentgeltlich. Nicht eine Steuerkarte für die während eines Steuerjahres einzuliefernden Steuermarken nicht aus, so hat der Arbeitnehmer rechtzeitig für die Ausstellung einer neuen Steuerkarte Sorge zu tragen. Der Steuerpflichtige selbst darf auf der Karte keine Vermerke anbringen. Die Ausfüllungen und Eintragungen sind leiblich Sache der Behörde und des Arbeitgebers. Für den einzuhaltenen Betrag sind Steuermarken in die Karte einzulegen. Diese Marken werden von den Finanzämtern und den Postanstalten verkauft. Auf jede Marke ist der Tag der Verwendung hinauszuschreiben oder hineinzustempeln und daneben nochmals der Wert zu schreiben. Letzt der Arbeitnehmer bei einer Lohnzahlung dem Arbeitgeber die Steuerkarte nicht vor, so hat der Arbeitgeber Steuermarken in Höhe des einzuhaltenen Betrages zu entnehmen und für den Arbeitnehmer auszubehalten bis dieser seine Steuerkarte vorlegt. Der Arbeitnehmer hat dem Arbeitgeber auf dessen Verlangen eine schriftliche Bescheinigung über den empfangenen Lohn, den einzuhaltenen Betrag und den Wert der von dem Arbeitgeber in der Steuerkarte eingelebten und entwerteten Steuermarken zu geben. Eine



Rechnung der im Rechnungsjahr 1920 eingelebten Steuermarken findet erst nach der endgültigen, nach Ablauf des Kalenderjahres 1920 vorzunehmenden Veranlagung für das Rechnungsjahr 1920 statt. Bei Fälligkeit der veranlagten Steuer werden Steuerkarte und Steuermarken an Zahlungsfähige abgegeben. Ist auf diesem Wege weniger bezahlt worden, als nach der Veranlagung zu entrichten ist, so hat der Steuerpflichtige den fehlenden Betrag anzuzahlen. Ist durch den Lohnabzug und die Verwendung der Steuermarken mehr bezahlt worden, als nötig ist, so wird der überschüssige Betrag auf die endgültige über spätere Veranlagung angeführten oder zurückgehenden. Der Arbeitgeber hat für die Einbehaltung und Entrichtung der Lohnabzüge neben dem Arbeitnehmer zahlungsunfähig, so hat der Arbeitgeber die Beträge in Höhe der unterlassenen Abzüge aus eigenen Mitteln zu zahlen. Auf Steuerhinterziehungen sind hohe Strafen gesetzt; sie werden mit Geldstrafen im fünf- bis zwanzigfachen Betrage der hinterzogenen Steuer geahndet. Die erstmalige Veranlagung auf Grund dieses Gesetzes erfolgt für das Rechnungsjahr 1920 nach dem Jahres Einkommen, das der Steuerpflichtige im Kalenderjahr 1920 bezogen hat und zwar nach Ablauf dieses Jahres. Vorkauf ist von jenen Steuerpflichtigen, die nicht durch Lohnabzug erlangt werden, die Einkommensteuer zu entrichten, wie sie nach der letzten landesrechtlichen Veranlagung zur Staatseinkommensteuer festgestellt war. Gewisse Einkommensteuern sind befreit von der Reichseinkommensteuer nicht erfasst worden und der Besteuerungsmöglichkeit durch die Gemeinden vorbehalten worden. Eine solche Zusatzsteuer kann schon für das Jahr 1920 erhoben werden. — Der Versuch genügt sich an alles, und er wird sich auch an diese großen Lasten gewöhnen.

### Politische Uebersicht.

#### Dr. Mayer und die Kanzlerkandidat.

Die Tätigkeit und die Absichten der Bayerischen Volkspartei. Ueber die näheren Gründe, die den Abg. Dr. Mayer bestimmt haben können, die ihm angebotene Kabinettsbildung abzulehnen, wird der „Frankf. Bzg.“ aus München berichtet:

Verurteilungen der Presse der Bayerischen Volkspartei legen die Annahme nahe, daß für die Entlassung Dr. Mayers Gründe parteipolitischer Natur maßgebend waren. Das Organ des Reichstages, die „Frankf. Bzg.“, erklärt die Verurteilungen, mit denen die Berliner Presse dem Zentrum Invektiven übergibt, weil es geschickt verstanden habe, durch die Wahl Dr. Mayers eine Brücke zu der seinerzeit ausgeplotteten Bayerischen Volkspartei hinüber zu schlagen ein überaus wertvolles Geschäft von Politik und Ueberblicklichkeit. Schließlich habe die Bayerische Volkspartei, deren Mitglied Herr Dr. Mayer sei, doch auch etwas zu tun. Weder Herr Trimborn noch das Zentrum könnte einseitig über die Bayerische Volkspartei bestimmen; es wäre hoch die mehrheitliche Art, „tatsächlichen“ Erwägungen. Der Kandidat für den Reichskanzlerposten selbst der schon einmal nach der Trennung vom Zentrum durch die Tat bewiesen habe, daß er die Parteizucht anerkennen werde selbst das Bedürfnis fühlen, im Einklang mit seiner Position zu handeln, sonst sei seine Stelle von vornherein aussichtslos. Es geht aber habe die Bayerische Volkspartei noch gar nicht die Möglichkeit gehabt, zu dieser Antwort Stellung zu nehmen. Die Reichstagsfraktion der Bayerischen Volkspartei habe sich noch nicht konstituiert. Dr. Mayer habe auf dem letzten Parteitag in München noch öffentlich festgestellt, daß eine längere Besprechung zwischen ihm und Dr. Heim völlige Uebereinstimmung in allen nur irgend wesentlichen Fragen ergeben hat.

Was unter diesen wesentlichen Fragen zu verstehen ist, geht aus Bemerkungen des „Bayerischen Kuriers“ hervor, in denen er die Redaktionen der demokratischen Partei, die die Regierung ein für allemal auf alle Bestimmungen der Weimarer Verfassung festlegen wollen, für die Bayerische Volkspartei für unannehmbar erklärt. Die Forderung, die der Parteivorstand des Abg. Geld auf der letzten Landesversammlung aufgestellt habe, daß eine halbjährige Revision der Reichsverfassung in liberalistischem Sinne anzustreben sei, bilde mit allen ihren Voraussetzungen und Konsequenzen die unüberwindliche Grundlage der Politik der Bayerischen Volkspartei. — In dem gleichfalls dem Dr. Heim nachschickenden „Bayerischen Vaterland“ wird dieser Gedankengang in Verbindung mit der geplanten Berufung Dr. Mayers noch bestimmter dargelegt. Er erklärt, daß man sich nicht denken könne, wie die Bayerische Volkspartei, die eine Revision der Weimarer Verfassung und des Zentralismus, unter einem Gut zu bringen wäre. Die Koalition, die Dr. Trimborn ins Auge gefaßt habe, sei also schon darum nicht tragfähig gewesen. Aus diesen Verurteilungen läßt sich mit Sicherheit darauf schließen, daß die Stimmung in der Bayerischen Volkspartei für

die Absichten Dr. Mayers nicht ohne entscheidenden Einfluß gewesen ist. Nach den Informationen, die der „Augsburger Postzeitung“ schon vor zwei Tagen zugegangen waren, hätte man mit der Kanzlerkandidat des deutschen Geschäftsträgers in Paris ohne Zweifel rechnen dürfen. Die Münchener Zeitung der Bayerischen Volkspartei hat dann aber offenbar, als sie von dieser Kombination Kenntnis erhielt, Herrn Dr. Mayer zurückgepfiffen. Es ist aber der Versuch einer Klärung, wenn der „Bayerische Kurier“ es jetzt so hinstellen möchte, als hätte Dr. Mayer auch in dem Zentrum keine einseitig über die Bayerische Volkspartei hinweg daran erinnert werden, daß er es war, der auf der letzten Parteiverammlung in München den parteipolitischen Sonderbestrebungen des Reichstages mit aller Entschiedenheit entgegentrat. Die heimliche Klärung führt sich nach den Worten, wie ihre Organe wiederholt triumphierend verkündeten, nicht nur in Bayern, sondern auch im Reich als den Herrn der Situation. Sie glaubt sich fast genug, der deutschen Politik ihren Willen diktieren zu können.

### Unabhängige und Kommunisten.

Kritik an der U.S.P. — Ein bishiger Einsicht bei Kommunisten. Die unabhängige Berliner „Freiheit“ hat das große Wort gelassen ausgesprochen, daß nur Leute ohne politische Schulung die Haltung der Unabhängigen in der Regierungsfrage nicht begriffen. Als solche Leute ohne politische Schulung haben sich mittlerweile u. a. Kautsky, v. Gutschalk und der unabhängige Medakteur Karl Scheidt eingestellt. Als vierter schließt sich ihnen der unabhängige Schriftsteller Hermann Fernau, der bekannte Pazifist, an, der in der „Berliner Volkszeitung“ schreibt:

Die Mitarbeiter der „Freiheit“ setzen zum so und so vielen Male ihre Klassenkampf- und Endzieltheorie auseinander. In jeder mit bürgerlichen Elementen durchsetzten Regierung befehlen wir „die politische Machtzentrale des Kapitalismus“ (Dittmann), oder: „In einer bürgerlichen Regierung teilnehmen, hieße für unsere Partei sich selbst aufgeben“ (Weißbach), oder: Die Beteiligung der U.S.P. an der Regierung wäre eine Preisgabe unseres Programms und ein Verrat an den Interessen derer, die der U.S.P. Stimme und Vertrauen geschenkt haben“ (Crispien). Verzeihen, Genosse Crispian, ich, der ich auch für Sie stimme, empfinde es ganz anders, gränzlich ungeheuer. In den Unabhängigen sah ich bisher die entscheidenden Vertreter der Republik und erst nachher, wenn die Republik einmal fest im Sattel sitzt, die Verwirklichter des Sozialismus. — Jetzt, nach der Wahl, erklären die Unabhängigen: Dadurch, daß wir die Macht und Verantwortung dem Bürgerturn übergeben, überträgt unsere Machtstellung ihm das Regieren sehr leicht machen werden, wird ein Kampf entbrennen, der die nötige Klarheit schafft, aus der halben Revolution vom November eine ganze machen und den schließlichen Sieg des Sozialismus herbeiführen wird.

Durch das Anwaschen der Reaktion ist die deutsche Republik in schwere Gefahr geraten. Als Mann an Bord zu ihrer Rettung! Weg mit allen parteipolitischen und „tatsächlichen“ Erwägungen in dieser ersten Stunde! Was gelten Parteitagbeschlüsse, Klassenkampftheorien und Parteiprogramme, wenn es um Gänge, um Sein oder Nichtsein der republikanischen Staatsform geht? Die Wähler, die am 6. Juni für die U.S.P. gestimmt haben, wollen zunächst einmal die Republik. Denn nur die demokratische Republik kann den Boden für den vernünftigen Aufbau der sozialistischen Wirtschaft bilden. Wer Regierung und Wehrmacht dieser demokratischen Republik mit parteipolitischen, marxistischen oder sonstigen Spitzfindigkeiten an ihre schlimmsten Feinde ausliefern, der begeht Verrat an deutschen Volks, Verrat am Sozialismus.

Der Wahlschick muß auf die Kommunisten wie ein kaltes Schwabedorn gewirkt haben. Das kommunistische Organ in Stuttgart kürzlich über den Wahlschick:

Eine kleine Minderheit ist die kommunistische Partei geblieben. Nur wenige Arbeiter und Arbeiterinnen haben die Gesinnung und den Mut, sich zu dieser entscheidenden und zielharften Partei zu bekennen. Uns übertrifft das nicht. Wir haben nicht der Abkündigung bedürft, um unsere Kleinheit zu erkennen. Aber für wilde Klatsche, denen die Politik der U.S.P. zu schuldig und zu mühsam war, mühen die Zahlen eine Abkühlung bringen. Die Revolution kann man nicht durch Gesetze und topflosse Dreinschlagen forcieren. Sie will ihre Bahn selbst finden, nicht gemäß unseren Wünschen, sondern gemäß den inneren Gesetzen der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung.

Das haben wir immer gesagt und werden dafür von den Kommunisten während beschimpft als Verräter an der Revolution.

### Väter und Söhne.

Roman von Ivan Turgeneff.

„Bist du, Wassili Iwanowitsch?“ fragte sie.  
„Ja, liebe Frau!“  
„Kommst du von Enkuschka? Weist du, was ich befrüchte? Daß er schlecht gebettet ist auf dem Sofa. Aber ich habe Anknuschka gesagt, ihm deine Redemattade und die neuen Kissen unterzulegen. Ich würde ihm auch unser Federbett geben; aber wenn ich mich recht erinnere, liegt er nicht gern weich.“  
„Mache dir keine Sorge, Gerzhen, es ist alles in Ordnung. Er ist ganz gut gebettet. Herr, vergiß uns unsere Schuld!“ fuhr er mit gedämpfter Stimme zu beten fort. Wassili Iwanowitsch schloß dieses Mittelstück mit seiner armen Frau; er wollte ihr an diesem Abend noch nicht sagen, wie ein Schmerz ihrer harte.  
Am folgenden Tage riefen Bolaroff und Arkadi ab. Schon vom frühen Morgen an hatte alles im Hause ein trauriges Aussehen. Anknuschka ließ alle Schiffslein, die sie brachte, zu Boden fallen; sogar Fedla war ganz bestürzt und verlor schließlich seine Stiefel. Wassili Iwanowitsch war unruhiger denn je; er machte offenbar den Nutzen zu spüren, sprach in sehr lautem Tone und trat ungewöhnlich fest auf, aber sein Gesicht war eingestürzt und seine Augen schienen seinen Sohn stets meiden zu wollen. Arina Maslajewna weinte still vor sich hin; sie würde ganz und gar aus der Fassung gekommen sein und den Kopf verloren haben, wenn ihr Mann nicht früh am Morgen ihr ganze zwei Stunden den Text gelesen hätte. Als Bolaroff, nachdem er wieder und wieder versichert, er werde in spätestens vier Wochen zurückkehren, sich endlich aus den ihr zurückhaltenden Armen losriß und in dem Tarantak Platz nahm, als die Pferde zu traben, die Schellen zu klingen und die Räder sich zu drehen begannen; als es bereits vorgehlich war ihnen nachzuschauen; als der Staub sich wieder vollständig gelegt und Timofeisch, wandend und ganz zusammengekrümmt, sein Stübchen wieder aufsucht hatte; als die beiden Mien sich wieder allein in ihrem Hause befanden,

den, das ihnen blicklich noch enger und älter schien — da ließ Wassili Iwanowitsch, der noch vor wenigen Minuten von der Treppe herunter so stolz mit seinem Leidsentwurf gewinkt hatte, sich auf einen Stuhl und das Haupt auf die Brust sinken.

„Er hat uns verlassen! Er hat uns verlassen!“ murmelte er mit bebender Stimme. „Er hat uns verlassen... Er langweilte sich bei uns... Ich bin jetzt allein wie ein Finger, allein wie ein Finger.“ Wiederholte er mehrmals, indem er jedesmal den Reigefinger der rechten Hand emporhob.

Da näherte sich ihm Arina Maslajewna, legte ihr graues Haupt an seinen armen Kopf und sagte: „Was ist da zu machen, Wassilj? Ein Sohn ist wie ein Teil, der von uns abgetrennt ist. Er gleicht dem jungen Falken: kommt ihm die Luft an, so fliegt er herbei — gefällt ihm nicht mehr, so fliegt er wieder von dannen; aber wir beiden, du und ich, sind wie zwei Schwämme in einem hohlen Baume: wir können nicht fort voneinander, wir bleiben immer zusammen. Und ich bleibe für dich stets unverändert dieselbe, wie auch du dich für mich nicht ändern wirst.“

Wassili Iwanowitsch nahm die Hände vom Gesicht fort und umarmte seine Frau, seine treue Lebensgefährtin — herablassender als ers je, selbst in seiner Jugend, getan: sie hatte ihn getrostet in seinem Leid.

22.  
Als zu der nächsten Station behielten die beiden Freunde fast vollständiges Schweigen; nur von Zeit zu Zeit wechselten sie ein paar unbedeutende Worte. Bolaroff war mit sich selbst nicht zufrieden und Arkadi war ungeduldet über ihn. Indem empfand er jene unbegründete Traurigkeit, welche nur ganz jungen Leuten bekannt ist.

Als der Kutscher die Pferde gemächlich hatte, stieg er wieder auf den Boden und fragte: „Nach rechts oder nach links?“

\*) Sprüchwort.

### Das Saarland ohne Vertretung im Reichstag.

Der Bevölkerung des Saargebietes war es am 6. Juni zum erstenmale seit Bestehen des deutschen Reichstages nicht vergönnt, an den Wahlen teilzunehmen. Die Sieger verkündeten auch für das Saargebiet Freiheit und Selbstbestimmung und brachten hier wie überall in Wahrheit Bedrückung auf allen Gebieten. Infolgedessen wird das Saarland im ersten Reichstag der deutschen Republik nicht vertreten sein. Keiner der ehemaligen Abgeordneten konnte infolge der unglücklichen Platzierung auf den Wahlvorschlägen gewählt werden. Das Saargebiet ist damit gegenüber den anderen vom Reich abgetrennten Gebieten, die im Reichstag eine Vertretung haben, sehr im Nachteil.

### Levi statt Gederer im Reichstage.

Bei den Wahlen vom 6. Juni waren auf die kommunistische Partei 439 000 Stimmen entfallen, nachdem erlangte sie nur zwei Mandate. Am Wahlort Chemnitz wurde Gederer, auf der Reichswahlliste Klara Zellin gewählt. Wie die „Köln. Volkszeitung“ heute mitteilt, hat Gederer entsprechend der vom Parteitag festgelegten Reihenfolge im Einvernehmen mit dem Zentralkomitee und den Genossen des Chemnitzer Kreises auf die Annahme der Wahl verzichtet, sodas an seine Stelle im Reichstag Levi statt Gederer im Reichstage.

### Zurechenbare Zahlen.

In einem Aufsatz: „Staatsfinanzen und Wirtschaftskrisis“ in der „U. Bzg.“ veröffentlicht Dr. Neppel, ein Beamter des Reichsfinanzministeriums, folgende Zahlen:

Das heutige Bild von der deutschen Schuld zeigt folgendes zahlenmäßige Ausmaß:

	Staatsschuld:		Zusammen
	In Milliarden Mark	In Milliarden Mark	
Reich	92,0	105,0	197,0
Länder	18,5	16,5	35,0
	110,5	121,5	232,0

Nach die Budgetschaffen zeigen hohe Milliardenziffern. Der gesamte Bedarf an Steuern der drei Reichspräsidenten wird auf etwa 28 oder 30 Milliarden Mark zu veranschlagen sein. Diese Budgetlücken und außerordentlichen Bedürfnisse können ihre notwendige Deckung durch laufende Einnahmen nicht finden. Das Reich befindet sich in einem Zustand, in dem durch die Ausgabe von Schatzscheinen, seine schwebende Schuld doppelt demgemäß von Monat zu Monat an, wie die nachfolgenden Zahlen es angeben:

31. Dezember 1918	55,0 Milliarden Mark
30. Juni 1919	78,2
31. Dezember 1919	86,2
30. April 1920	95,0
Anfang Juni 1920	104,8

Das Reich diskontiert die Schatzscheine bei der Reichsbank, die zu einem Teil bei der Notenbank bleiben und zum anderen in den freien Geldmarkt abfließen. Auf diese Weise werden die Staatsbedürfnisse befriedigt und kein allein liegt das große Geheimnis von dem Finanzkraft des Reiches. Hieraus erwarten aber für die Zukunft die Gefahren, die zu wüthigen Pflichten und denen rechtzeitig vorzubeugen ist. Denn mit Kriegsanleihen und Schatzscheinen allein ist keine Wirtschaft zu führen. Zwar können die Schatzscheine bei der Reichsbank jederzeit eingelöst, die Kriegsanleihen bei den Darlehensbanken beliehen werden so lange eben die Notenbank leistungsfähig ist. Aber damit ist nicht der Boden gewonnen, auf dem die Wirtschaft auf die Dauer ruhen kann.

### Eine Ausdehnung des Reichspräsidenten

an die Marine.

Berlin, 18. Juni. Der Reichspräsident hat an die Marine einen Erlass gerichtet, in dem er seine Verdringung darüber ausdrückt, daß die Offiziere, die nach der Prüfung der Vorgänge bei den Manövern als unbelastet befunden worden sind, am 31. Mai, dem Tag der Schlacht am Stagerak, ihren Dienst wieder aufnehmen konnten. Allen, die in den Tagen der Unruhen zur verantwortungsmäßigen Regierung getreten haben und die in der Zwischenzeit um die Weiterführung der Dienstgeschäfte weiter bemüht waren, spricht der Reichspräsident den Dank des Vaterlandes aus. Pflicht erfüllen jeden Einzelnen sei es, soll die Marine ihre Aufgaben beiseite zu stellen und sich rückwärts der verfassungsmäßigen Regierung unterwerfen. Die Regelung der Dienstverhältnisse in der Marine sei Sache des Reichswehrministeriums. Mit der Einrichtung der Marinekammer sei allen Marineangehörigen, namentlich in wirtschaftlichen und sozialen Fragen Mitwirkung gewährleistet.

Arkadi erbeute. Der Weg rechts führte nach der Stadt und dem Gute seines Vaters; der zur Linken führte zu Frau Dbinzoff.

„Er sah Bolaroff an.“  
„Eugen.“ fragte er. „Inks?“  
Bolaroff wandte sich ab.

„Was ist das für eine Dummheit?“ murmelte er zwischen den Zähnen.

„Ich weiß, daß es eine Dummheit ist.“ antwortete Arkadi. „Aber was liegt daran? Ist es etwa unsere erste Dummheit?“

Bolaroff zog sich die Mütze über die Stirn herab.  
„Ja, wie du willst.“ sagte er endlich.  
„Kutscher, links!“ rief Arkadi.

Und der Tarantak rollte in der Richtung nach Mikolajkoje. Aber nachdem die beiden Reute sich entschlossen hatten, eine „Dummheit“ zu machen, beobachteten sie noch hartnäckigeres Schwelgen als vorher; ja sie schienen sogar ergrimmt.

Schon an der Art, wie der Haushofmeister der Frau Dbinzoff sie auf der Treppe empfing, konnten die Freunde merken, daß sie unbedacht handelten, als sie ihrem pflichtlichen Einfall nachgaben. Man hatte sie offenbar nicht erwartet. Nientlich lange und mit ziemlich dummen Gesichtern sahen sie im Gastzimmer. Endlich erschien Frau Dbinzoff. Sie empfing sie mit gewohnter Liebenswürdigkeit, aber sie schien verunruhigt über ihre schnelle Rückkehr, und nach der Gemeinheit ihrer Worte und der Langsamkeit ihrer Bewegungen zu urteilen, war sie darüber gerade nicht allzu sehr erfreut.

Beide beeilten sich ihr mitzuteilen, daß sie nur auf der Durchreise vorbeigekommen hätten und in einigen Stunden nach der Stadt weiter fahren würden.

Sie beschränkte sich, darauf, einen Keinen Schrei der Ueberraschung auszulassen, hat Arkadi, seinen Vater von ihr zu grüßen und ließ dann ihrer Tante die Ankunft der jungen Leute melden.

(Fortsetzung folgt.)



Verurteilter Verleumder.

Berlin. Sonnenfeld sen., der behauptet hatte, auch ihm gegenüber sei jederzeit von einer Eheidemann nahe stehenden Seite erklärt worden, daß für die Lösung von Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg 100 000 M. von Eheidemann und Elzatz bereit gestellt worden seien, wurde vom Landgericht Berlin wegen Verleumdung Eheidemanns zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt.

Die Aussichten der Welt-Getreideernte.

Der „Frankfurter Zeitung“ wird aus Rom berichtet: Die widersprechenden Nachrichten über die Aussichten der Getreideernte in den wichtigsten Ländern haben sich vermindert, beim hiesigen Internationalen Ackerbau-Institut Erdkundigen einzuweisen. Aus wichtigen Ländern, wie Rußland und Deutschland, sagen Berichte nicht nur, aus den meisten übrigen Ländern Europas nur solche über die Saatfläche, dagegen solche auch über den Stand der Saaten nur aus überseeischen Gebieten. Gegenüber der früheren durchschnittlichen Saatfläche ist diesmal für Weizen in Rumänien eine Verminderung auf 40,1 Prozent, in Persien auf gar nur 32,2 Prozent zu verzeichnen, in Frankreich auf 89,5 und in Spanien auf 99,8 Prozent. In Italien war Anfang Mai der Stand von Weizen, Roggen, Hafer und Gerste mittel, doch dürfte letztem unter der herrschenden Dürre eine Verschlechterung zu verzeichnen sein. Dagegen erfolgte die Aussaat von Mais und Weis unter günstigen Umständen und schließlich des Roggens. In der Nördlichen Welt hat sich die Aussaat des Winterweizens infolge des schlechten Wetters verspätet; insbesondere ist der Stand des Roggens nicht befriedigend. Dagegen vollzog sich die Aussaat des Sommerweizens unter günstigen Umständen. In anderen entwickelten sich der Winterweizen meist günstig; das gleiche gilt in großen Mengen für Roggen. Alles in allem dürfte die Weizen- und Roggen-Ernte den früheren Erwartungen nicht entsprechen. In den Vereinigten Staaten von Amerika schätzte das Büro of Crop Estimates den Stand von 1. Mai auf nur 70,1 Prozent des Durchschnitts oder in absoluten Zahlen: auf 184 Millionen Doppelzentner. Die Roggen- und Weizen-ernte wurde auf 204 Millionen Doppelzentner oder 85,1 bzw. 90,2 Prozent der beiden genannten Vergleichstermine geschätzt. Gute Nachrichten kommen aus Argentinien. Obwohl dort die Saatfläche für den Weizen nur 6 068 000 Hektar beträgt gegen 6 870 000 im Vorjahr und 6 845 000 Hektar im vorhergehenden Jahresfrist, ist doch die erwartete Ernte mit 58 Millionen Doppelzentner erheblich höher als zu den beiden Vergleichsterminen des Vorjahres (46,7 resp. 40,6 Millionen Doppelzentner) angenommen worden. In Kanada beträgt die Saatfläche 110 Prozent der vorjährigen; der Stand der Saat wird mit 98 Prozent des letzten Jahresergebnisses angegeben. Aus Afrika kommen im allgemeinen schlechte Nachrichten. In Ägypten hat die Dürre einen Teil der Kulturen in den Departements Ägypten und Oren zerstört. Nur an der Küste und in den nördlichen Gebieten des Departements Constantine sind die Weizenfelder ausreichend bewässert. In Ägypten ist der Anbau von Weizen und Gerste erheblich zurückgegangen, im übrigen stehen dort die Kulturen ausbleibend. Auch in Marokko haben sich infolge der Dürre die ursprünglich guten Aussichten verschlechtert. Australien liegt gleichfalls im allgemeinen Zeichen des Rückgangs der Saatfläche: 3 Millionen Hektar Weizen gegen 3 1/2 im Vorjahr und 4 1/2 Millionen Hektar im vorangegangenen Jahresfrist. Der Ertrag wird auf nur 12 Millionen Doppelzentner geschätzt gegen rund 20 1/2 und 31 Millionen Doppelzentner an den beiden Vergleichsterminen.

Strenge Arbeitspflicht in Rußland.

Aus dem Paradies der Bolschewisten. „Krasnaja Gazeta“ begründet in der Nummer 118 die Notwendigkeit der Arbeitspflicht. Das Wort führt aus, es mache sich überall Arbeitermangel bemerkbar, so daß die dringendsten Arbeiten unerledigt bleiben. Die Regierung sei daher gezwungen zur Einführung allgemeiner Arbeitspflicht zu schreiten. Dieser wurde nur die Bourgeoisie zu gewissen Arbeiten zwangsweise verwendet, jetzt werden aber alle Arbeitsfähigen herangezogen werden müssen. Wenn es notwendig ist, werden Arbeiter von einer Arbeitsstätte verlegt werden. In Moskau ist bereits eine Kommission tätig, die die Verteilung und Verwendung der Arbeiter, eventuell die Befreiung von der Arbeitspflicht durchzuführen hat. Solche Kommissionen werden überall gebildet. Kinder unter 14 Jahren, sowie Männer über 60 und Frauen über 40 Jahre sind von der Arbeitspflicht befreit. Hausfrauen, die mehr als fünf Personen zu versorgen haben, dürfen zur Arbeitspflicht nicht herangezogen werden ebenso wie geistliche Arbeiter, medizinisches Personal und Führer von kurzfristigen Besuchen. Personen, die zu körperlichen Arbeiten unfähig sind, sollen nicht verwendet werden. Als Arbeiten, die am dringendsten notwendig sind, bezeichnet das Blatt folgende: Herstellung von Heilmitteln, Reinigungsarbeiten in den Städten, landwirtschaftliche Arbeiten auf den Grundstücken, die den Soldaten der roten Armee oder industriellen Arbeitern gehören und Transportarbeiten.

Klärung.

Ein Rückblick auf die Generaldebatten der Reichstagskonferenz.

Von Richard Lehmann.

Die Generaldebatten der ersten deutschen Reichstagskonferenz sind zu Ende. Da ist wohl eine große rückwärtige Betrachtung und Zusammenfassung des Ergebnisses am Platze. Es gab der Debatte genug — gerade auch in den Reihen der Vertreter eines sozialistischen Bildungsideals —, die sich von der „Parade“ einer solchen Konferenz überhaupt kein geistreiches Ergebnis versprachen, die von vornherein von der Unfruchtbarkeit der hier geführten Debatten überzeugt waren und schon im voraus mit einigem Schaudern an die zu erwartende Debatte dachten. Gewiß, es ist viel geredet worden in diesem ersten deutschen Kulturparlament, genug und übergenuß. Am 4. Tage kamen allein zum Thema der Lehrerbildung nicht weniger als 42 Diskussionsredner zu Worte. Und manch einer der gläubigen, etwas zu sagen zu haben, hatte in Wirklichkeit nichts zu sagen, wenigstens in diesem Kreise nicht. Stundenlang floß die Debatte als ein leichter Redestrom einformig und abwechslungslos dahin. Aber daneben gab es doch auch wirkliche Sturzflüsse fruchtigen inneren Erlebens, gab es machtvoll anbrandende Wellen von rechts und von links. Man würde lägen, wenn man behaupten wollte, die Verteidigung des sozialistischen Kulturs und Erziehungsideals habe bei diesem Redekampf durchweg in den geschicktesten Händen gelegen. Wenig Diplomaten, wenige wirklich hinterheben Prophezen ihrer Ueberzeugung kamen von unserer Seite aus zu Wort. Die Augenblicke, in denen Männer wie der Münchener Oberlehrer die Augenblicke ihre Besinnung hinausgeschleudert oder der Vertreter der Jugend in unüberwindlicher Unbestimmtheit dem Parlamentare der Hochweisen bittere Wahrheiten ins Gesicht sagten, blieben vereinzelt. Die meisten Redner der Linken sprachen

ganz sachlich, fast nüchtern oder allzu allgemein und ungreifbar wie Heribald-Löwenstein oder Karjen, manche auch temperamentvoll und mit unmittelbarer Lebendigkeit — ein Diplomat war nicht darunter.

Um so mehr Diplomaten schied die Rechte ins Gefecht, Leute die in schnell fertigem geistigem Diebstahl Worte und Begriffe der neuen Zeit übernahmen, um sie mit Taschenrechnerfädelchen in ihr Gegenteil zu verkehren, die unter dem Schlagwort der Einheitschule für Standeschule, für die Klassenschichtung der Bildung, für eine bevorrechtigte Oberschicht eintraten. So schien es anfangs, als sollte es ein Kampf mit ungleichen Waffen werden.

Aber es schien nur so, rein zahlenmäßig waren Reaktion und Fortschritt anfangs vielleicht annähernd gleichmäßig vertreten. Aber die Macht der Grände, die Macht der Tatsachen, die Tiefe der Ueberzeugung und der Weltanschauung sicherte den Vertretern des neuen Bildungsideals von vornherein ein gewaltiges Uebergehoht. Die Reaktion konnte ihre Position nur so lange zu behaupten versuchen, wie sie sich radikal gegen jeden Fortschritt, gegen jede Konzeption wehrte, wie sie das neue Kulturideal radikal bekämpfte. Als Direktor Goldbeck Worte tiefen Verlebens für dieses Ideal gesprochen hatte, als Professor Garnaad sich zum Verständnis der sozialen Notwendigkeiten bekannte, war ihre Position rettungslos verloren. Was diese Männer begonnen, vollendete Professor Katorp, der greife Sozialpädagoge von der Marburger Universität, indem er restlos für die Forderungen einer Neugestaltung unseres gesamten Bildungswesens eintrat. Von da ab, vom 2. Tage an verteidigte die Reaktion, verteidigten die Vertreter kirchlicher wie kapitalistischer Interessen hoffnungslose Stellungen. Immer mehr in die Defensive gedrängt, sahen sie ihren mühsam gestifteten Bau Stein um Stein zusammenbrechen; die anfangs unentschiedene Mitte schlug sich fast ausnahmslos zu den Verteidigern der neuen Kultur, zum Ideal einer Neugestaltung des Erziehungswezens im sozialistischen Geiste, noch auch manchem die Tatsache innerlich noch nicht voll zum Bewußtsein kommen, mochte er auch noch glauben, nur für tieferes soziales Verständnis oder für rein demokratische Forderungen einzutreten. Die endgültigen Abstimmungen werden dieses vorläufige Urteil zweifellos bestätigen, nachdem nun die Ausschüsse ihre Spezialarbeit geleistet haben werden.

Zum ersten Male konnten in Deutschland in diesen Tagen die beiden Kulturideale, das der verfallenen und das der werdenden Zeit vor der Öffentlichkeit, im Rahmen eines zu diesem Zwecke berufenen Parlamentes ihre Kräfte messen — und der Sieg war auf unserer Seite. Diese Klärung ist besonders wertvoll in unseren Tagen politischer Unklarheit und Verwirrung. Sie gibt uns die sichere Gewißheit, daß der Kampf auf kulturellem Gebiete auch die auf wirtschaftlichem nachfolgen wird, daß die jetzigen Wochen nicht der Anfang vom Ende sind, den die Reaktion gern daraus machen möchte, sondern eine Zeit des Uebergangs, der Vorbereitung, der die Erfüllung folgen wird und folgen muß.

Das ist das Ergebnis der ersten Tage der Reichstagskonferenz. Und dieses Ergebnis, dieses Sieges unseres Gedankens wollen wir uns von Herzen freuen.

Badischer Landtag.

gr. Karlsruhe, 18. Juni.

51. öffentliche Sitzung.

Präsident Kopf eröffnet die Sitzung um 8.50 Uhr.

Der beantragten Rechnungsprüfung des Landtags 1917 und 1917/18 wird zugestimmt und hierbei dem ehemaligen und das Haus sehr verdienten Direktor Roth, sowie dem Hilfspersonal die Anerkennung ausgesprochen. Im Gegenstück zum Ausschuss erklärte hierüber Präsident Kopf, Abg. Dr. Schöfer (Ztr.), Abg. Warzoff (Soz.) und Abg. Dr. Behner (Ztr.), daß der badische Landtag Nechtsuachfolger sowohl der 2. wie der 1. Kammer ist. Ueber den Antrag des Amtsgerichts Durlach 1. Kammer ist. Ueber den Antrag des Amtsgerichts Durlach auf Gestattung der Strafverfolgung gegen den Abg. Dr. Krauß (Soz.) wegen Verleumdung des Kaufmannes Rindermann in (Soz.) wegen Verleumdung des Kaufmannes Rindermann namens Durlach berichtet Abg. Wittemann (Ztr.) und beantragt namens des Ausschusses, daß für die Dauer des Landtags die Verleumdung der Strafverfolgung verlag sei. Der Antrag auf Aufhebung der Strafverfolgung wird aus prinzipiellen Gründen einstimmig angenommen, trotzdem Abg. Dr. Krauß in einem Schreiben hat, davon Abstand zu nehmen und Abg. Dr. Krauß den Akten nach allem Ermessen folgende den Wahrheitsbeweis für seine Behauptungen gegenüber dem Kläger erbringen könnte.

Finanzministerium.

In Fortsetzung der Spezialberatung bedauert Abg. Griebler (Ztr.), daß infolge des Rohstoffmangels die Salzproduktion in den Salinen von Dürheim zurückging.

Abg. Weiskopf (Ztr.) schließt sich dem Vorredner an. Der Kulturbeschreiber teilt mit, daß sich die Regierung um Rohstoffbeschaffung bemühte und bemüht sei, die Salinen im kaufmännischen Geist zu betreiben. — Abg. Dr. Glöckner (Dem.) äußert sich zu der vom Finanzminister angeführten Neuregelung der landesgesetzlichen Aufgebots- und Hinterzinsentwertung der Beamten und wünscht Befreiung der im Reichsgesetz enthaltenen Bedürftigkeitsklausel, die in Baden bereits wegfiel, sowie Wege zur Verjüngung der Rentner. — Finanzminister Schöfer hofft baldig ein allseitig beruhigendes Verordnungsgeheiß vorlegen zu können. Wir haben nie die Absicht gehabt, in den Entwurf eine Bestimmung aufzunehmen, die die Rentnerverjüngung nur auf Antrag vorseht. Aber wir müssen in unserer Auffassung mit den anderen Ländern Schritt halten, damit nicht Schwierigkeiten entstehen, wie bei der Besoldungsordnung. — Abg. Strauß (Ztr.), Karl (D.M.), Jhrig (Dem.) äußern sich zur Lage der Rentnerverjüngung, wozu Finanzminister Schöfer ließe. — Abg. Griebler (Soz.) erklärt, daß die wohlwollende Haltung der Regierung hinsichtlich Befreiung auslösen wird. Bezüglich der Ansprüche der Rentnerempfänger sollte mehr Klarheit bestehen. Es ist zu wünschen, daß den Forderungen der Angehörtenempfänger Rechnung getragen wird. — Abg. Bierneil (Ztr.) äußert Wünsche zu den staatlichen Holzpreisen. — Abg. Hoffmann (Dem.) bezieht sich auf den Antrag der Kommission zur Veranschaulichung der Schließung. Finanzminister Schöfer erklärt, daß die Verhandlungen auf Ueberlassung eines Teiles des Mannheimer Schlosses zu Kulturzwecken im besten Gange sind. Am kommenden Mittwoch findet eine Besichtigung statt, die wohl Einmündung bringt. — Ministerialrat Hirsh erklärt, daß Verhandlungen auf Ueberlassung eines Teiles des Bruchaler Schlosses an den Verkauf im Gange sind. Die Regierung ist in der Lage, ins Bruchaler Schloss weitere Möbel zu bringen, die sich vorfinden. Abg. Schneider-Heidelberg (Ztr.) stellt beim Kapitel „Münzverwaltung“ fest, daß im Jahre 1914 verleihere

„Goldene Medaillen“

ganz und gar nicht von Gold waren, sondern nur einen Wert von 30—40 Pf. haben. Redner bittet um Ertrag der angebliebenen Bezeichnung. (Geisterheil.) — Finanzminister Schöfer erklärt,

daß eben auch für das alte Regime zutrifft, es ist nicht alles Gold was glänzt. — Abg. Odenwald (Dem.) stellt fest, daß die Ueberzeugung bereits seit 1871 bestand. Die „goldenen und silbernen Medaillen“ sowie die Ehrenzeichen waren nie echt, sondern nur vergoldet und versilbert. (Geisterheil.)

Abg. Dr. Behner (Ztr.) bittet die Mitglieder des Ausschusses zur Beratung der Aufhebung der Zwangswirtschaft sich zur Konstituierung zu versammeln.

Der Voranschlag des Finanzministeriums wird gemäß den Kommissionsanträgen einstimmig genehmigt. Die Administrationskredite und Kriegskredite werden unbeantragt erklärt.

Ueber den Voranschlag der Oberrechnungskammer berichtet Abg. Dr. Glöckner (Dem.) und beantragt Genehmigung. Der Voranschlag wird genehmigt.

Amnestie für gewisse Höchstpreisverleumdungen.

Abg. Strauß (Ztr.) berichtet namens des Ausschusses über den Antrag Weiskopf (Ztr.) auf Niederlegung von Strafverfahren bei gewissen Höchstpreisverleumdungen. Der Berichterstatter beantragt Annahme des von der Kommission angenommenen und von der Regierung gebilligten Gesetzentwurfs, das Staatsministerium zu ermächtigen, Strafverfahren gnadeweise niederzulassen, sofern sie zum Gegenstand haben Ueberhandlungen gegen die Bestimmung über Höchstpreise für Wein und Obst aus der Ernte 1919 und nach dem 31. März 1919 begangene Ueberhandlungen gegen Höchstpreise. Die Amnestie gilt nicht bei Vergehen gegen Preisstreiber oder gegen den Schleichhandel. Gewerksmäßige Schieber und Wucherer sind der Amnestie als unwürdig erklärt. Die Amnestie trifft daher Private, die sich für eigenen Bedarf durch Kauf versorgten oder in ähnlicher Weise diese Produkte veräußerten.

Abg. v. Gleichenstein (Ztr.) begründet den Antrag, der dem Empfinden der Bürger entspricht und bittet, daß diejenigen, die die Strafe schon bezahlt haben, dieser Betrag aus der Staatskasse zurückgezahlt wird.

Abg. Wed (Soz.): Vom wichtigen Recht der Amnestie soll die Volksvertretung nur in dringenden Fällen Gebrauch machen, denn durch allzuhäufige Amnestien leidet die Staatsautorität. Wir können daher keiner generellen Amnestie zustimmen, sondern nur dann, wo es das Volksempfinden verlangt. Schieber und Schleichhändler dürfen nicht amnestiert werden; ebenso solche Private nicht, die sich in übermäßiger Weise versorgt haben. Nur unter dieser Voraussetzung stimmen wir dem Gesetz zu.

Abg. Strauß (Ztr.) stellt gegenüber dem Abg. v. Gleichenstein fest, daß der Ausschuss sich gegen eine Rückzahlung der Strafgebühren an solche wandte, die diese bezahlt haben. Denn durch eine solche Rückzahlung würde die Staatsautorität schwer leiden und wir könnten in Zukunft keine Verfehlung gegen die Zwangswirtschaft bestrafen.

Abg. v. Gleichenstein (Ztr.) hält es gegenüber dem Abg. Strauß für unbillig, die Strafgebühren nicht zurückzugeben.

Justizminister Trunk stimmt der Meinung des Ausschusses bei, daß bereits abgeurteilte Fälle nicht kurzweg gnadeweise erlassen werden, daß jedoch im Einzelfall besondere Härten beiseite gelassen werden könnten.

Abg. Dr. Schöfer (Ztr.) stellt sich auf den Standpunkt des Abg. Wed und wünscht, daß dieser auch bei politischen Vergehen diesen Standpunkt einnimmt. — Durch seine Wünsche gefährdet der Abg. v. Gleichenstein das Gesetz.

Abg. Wed (Soz.): Wir stimmen dem Antrag zu, weil es sich hier um eine Verordnung dreht, die aufgehoben ist. Das entspricht dem Volksempfinden. Wo jedoch die Strafe bezahlt ist, darf keine Rückvergütung erfolgen.

Abg. Griebler (Soz.) weist gegenüber dem Abg. Schöfer darauf hin, daß nach Pressemeldungen dessen Wünsche auf Beschränkung der politischen Amnestien anscheinend zur Durchführung kommen. Es ist festzustellen, daß sich der Justizminister immer einer gewissen Milde befleißigen hat.

Der Gesetzentwurf wird in erster und zweiter Lesung angenommen.

Abg. Schneider-Heidelberg (Ztr.) berichtet über das Gesuch der Gemeinderatsmitglieder der Gemeinde Dürheim um Aufhebung der Umlagefreiheit der gemeinnützigen Anstalten in Dürheim und beantragt das Gesuch durch die Erklärung der Regierung, die das Gesuch berechtigt findet und ihm bei der kommenden Regelung entgegenkommt, als erledigt zu erklären. — Abg. Griebler (Soz.) erklärt, daß der Zustand der Gemeinde Dürheim sich als unhaltbar erweise und deshalb das Gesuch durchaus berechtigt war, da die Gemeinde große Ausgaben hat. — Der Ausschussantrag wird angenommen.

Bericht über die Besichtigung der Zwangsanstalten.

Abg. Kauf (Soz.) berichtet über die Besichtigung der Kreisplegkanstalten und geht zunächst auf die Rechtsgrundlagen der Besichtigung ein. Die Sterblichkeit der alten Leute war sehr erheblich; vor allem als Folge des Krieges. Die Verpflegung und Unterkunft waren zufriedenstellend. Die ärztliche Versorgung sollte im Hauptamt erfolgen. Die Pflege sollte mehr Beschäftigungsmöglichkeiten bestehen. Die Lage des Personals steht weit hinter den staatlichen Anstalten zurück. Die Ertragsverhältnisse der neuen Zeit sind noch nicht in Erscheinung getreten. Die Ablösung des militärischen Personals durch Ordenspersonal sollte vorzüglich behandelt werden und angeht der Arbeitslosigkeit zurückgestellt werden. Die Monatslöhne sollten herabgesetzt werden.

Präsident Kopf stellt fest, daß der Landtag zur Besichtigung der Kreisplegkanstalten kein Recht habe, da dies Selbstverwaltungsbereich seien. Abg. Seubert (Ztr.) betont, daß die Besichtigung dieser Anstalten vorgenommen wurde, da Anlässe dazu vorliegen. — Abg. Dr. Glöckner (Dem.) erklärt, daß man aus der Verfassung kein Recht zur Besichtigung dieser Anstalten ableiten könne. — Minister Neumeier: Die Ueberwachungsstellen des Landtags erstreckt sich auf die gesamte Staatsverwaltung; hierzu zählt auch die Aufsicht über die Kreisverwaltungen. Der Landtag kann die Tätigkeit der Kreise festlegen, wie es den Interessen des Landes entspricht. — Abg. Müller-Rackelberg (Ztr.) freut sich über die vorgenommene Besichtigung, die schon früher hätte vorgenommen werden sollen. — Abg. Maier-Heidelberg (Soz.) macht sich nicht das Kopferbrechen der Juristen, sondern wir die Kreisverwaltungen besuchen dürfen oder nicht. Die Besichtigung wurde vorgenommen, weil Klagen vorlagen und die Besichtigung wurde vorgenommen, weil Klagen vorlagen und die Besichtigung wurde vorgenommen, wenn sie auch den Juristen immer wieder vorgenommen werden, wenn sie auch den Juristen und anderen Kreisen unangenehm sind, wie sich schon vor dem Krieg bei einer Besichtigung von Rappenaun zeigte. — Nach weiteren Bemerkungen des Abg. Seubert (Ztr.), Dr. Behner (Ztr.), Minister Neumeier, der nochmals darauf hinweist, daß die Kommission alles in bester Ordnung fand und des Berichterstatters Abg. Kauf (Soz.), der eine Regelung für zukünftige Besichtigungen wünscht, wird die Beratung geschlossen.

Die deutsche nationale Fraktion teilt mit, daß sie ihre Interpellation über neuerliche Vorgänge an der Technischen Hochschule in Karlsruhe zurückzieht.

An der Zusammenkunft der Kommission zur Beseitigung der Zwangswirtschaft nimmt das Zentrum und die Sozialdemokratie einige Änderungen vor.

Nächste Sitzung: Dienstag nachmittag 3 1/2 Uhr. Tagesordnung: Voranschlag des Unterrichtsministeriums.

Schluß der Sitzung: 1 Uhr.



### Badische Politik.

#### Das Siedelungsgezet.

Am Donnerstag nahm der Verfassungsausschuss die Beratung der badischen Ausführungsbestimmungen zum Siedelungsgezet, die wegen der Reichstagswahlen ausgesetzt wurde, wieder auf. Ein sozialdemokratischer Redner stellte zunächst fest, daß in Bezug auf die Erhaltung der großen Höfe die Demokratie in dem Ausschuss die gleiche Haltung eingenommen habe, wie unsere Partei. Es sei deshalb illogisch gewesen, daß die demokratische Presse bei der Reichstagswahl gegen die Sozialdemokratischen Vorwürfe erhoben habe, sie wolle den Grund und Boden aus dem Standesherrschaflichen Besitz nicht entgegenkommen.

Dann ging man über zur Erörterung der nachfolgenden Punkte der von Prof. Gotthein als Berichtstatter vorgelegten Richtlinien, welche lauten:

Enteignung von Parzellen im Streubereich ist, sofern der Besitz 100 Hektar übersteigt, unbeschränkt möglich.

Alle Vermögensüberschreitungen sind bei Enteignung und Aufteilung von Parzellen zu vermeiden. Bei Verwendung zur Abwandlung kleinerer Besitzungen ist der Nachweis voranschreitender Ertragssteigerung zu erbringen.

Zuteilung von enteigneten Parzellen zu Eigentümern erfolgt durch die Staatsbehörden, nicht durch die Gemeinden.

Es ist stets die aus sozialen Gründen wünschenswerteste Menge von Pachtlandbereiten zu erhalten.

Eine Kollektivpacht enteigneter Parzellen durch Gemeinden oder Genossenschaften von Pächtern ist zulässig.

Bei Übernahme und Verteilung des Pachtlandes durch die Gemeinden sind die Nachbargemeinden zuzuziehen.

Die Verpachtung erfolgt unter Kontrolle der Regierung resp. des Siedelungsausschusses des Bezirks.

Für enteignete Parzellen, die zu Eigentümern gehen werden, besteht ein Rückkaufsrecht des Pächters und des Staates, sobald sie in ungeeigneter Weise weiter verkauft werden.

Ein besonderes Erbrecht ist für sie jedoch nicht aufzustellen.

Die sozialdemokratischen Redner betonten zu diesen Punkten, daß für sie nicht die Verschönerung der großen Höfe, weil diese zur Lieferung von erheblichen Quantitäten Lebensmitteln unbedingt nötig seien, wohl aber die Enteignung der Standesherrschaflichen, vor allem aber die Enteignung der Besitz dieses notwendig macht, in Frage komme.

Auch die Güter der toten Hand seien hier heranzuziehen. Bei der Ueberweisung von Parzellen an den Landwirt sei von Fall zu Fall zu entscheiden. Niemals aber sollten die Gemeinden diese Entscheidung treffen, das sei Aufgabe des Staates.

Im allgemeinen wolle der Bauer los von den Standesherrschaflichen. Im Bereiche der Kirchenbesitzungen seien für einen badischen Morgen 2500-4000 M. beim Verkaufe bezahlt worden; solche Preise führten später zum Ruin der betreffenden Landwirte.

Ein demokratischer Redner erklärte, es sei eine starke Verkündung mancher Standesherrn, daß sie den Anforderungen der Zeit nicht Rechnung tragen wollten. Die Schaffung von Parzellenbesitz sei notwendig. Ein Zentrumsprediger trat ebenfalls für Enteignung des Parzellenbesitzes der Standesherrn ein.

Der Arbeitsminister Müller teilte mit, daß nach einer veranstalteten Umfrage der Fürst von Fürstberg bis jetzt rund 3000 Hektar, die anderen Standesherrn aber so viel wie nichts verkauft hätten. Wenn das Gesetz beschließen sei, werde das Arbeitsministerium nochmals mit den Standesherrn verhandeln.

Die obigen Punkte erliefen keine wesentliche Anfechtung. Am nächsten Mittwoch soll die Beratung des Siedelungsgezetes fortgesetzt werden.

#### Ueber die Bildung der neuen Steueraussschüsse bei den Finanzämtern

Am Reichsblatt Nr. 123 nun die näheren Bestimmungen veröffentlicht worden. Bekanntlich sollen bei der Veranlagung der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen in Vereinen mit dem Veranlagungsbeamten örtlich und sonst kundige Schlichter — wie bisher die Schlichter — mitwirken, damit die Steuern richtig und in voller Höhe eingezogen werden. Die Finanzämterbezirke werden zu diesem Zweck in Steuerbezirke (mit nicht weniger als 3000 und nicht mehr als 15 000 Einwohnern) eingeteilt, für die je ein Ausschuss von 4-8 gewählten Mitgliedern gebildet wird. Dazu können noch ernannte Mitglieder treten, deren Zahl höchstens die Hälfte der gewählten betragen darf. Gewählt werden die Mitglieder und ihre Vertreter durch die Organe der Selbstverwaltung, also entweder durch die Gemeindevertretung oder durch die Vertretung des weiteren Gemeindeverbandes (Bezirksrat). Bei der Wahl und bei Ernennung der Ausschussmitglieder soll darauf gesehen werden, daß die verschiedenen Arten und Abteilungen des Vermögens und Einkommens

gleichmäßig vertreten sind, daß also nicht wie es bisher mancherorts der Fall war, nur ein Teil der Bevölkerung und der Steuerzahler zum Wort kommt. Privilegierte Steuerbefreiungen darf es nicht mehr geben und deshalb ist es wichtig, daß in allen Gemeindevertretungen schon jetzt Umschau gehalten wird, welche Personen aus dem Stande der Arbeitnehmer sich kraft ihrer persönlichen Eigenschaften, nach Einsicht und Charakter, zur Wahrnehmung eines solchen Amtes eignen.

Um die leistungsfähigen Steuerzahler aus ihren mit allen Finnesen verlebten Schlußwünseln aufzuwecken und herbeizuziehen, ist es nötig, daß Personen (Männer oder Frauen) in die Ausschüsse kommen, die ohne Rücksicht auf Familieneinbindungen und Standesinteressen, sachlich und streng nach den Gesetzen es verstehen, die Staatsbeiträge da zu suchen, wo etwas zu holen ist. Ebenso wie der Lohnempfänger, der Bestfollende, der Beamte und Angestellte seinem Vaterlande schuldigen Tribut voll zahlen, ebenso soll es auch dahin gebracht werden, daß die wirklichen Einkünfte des Landwirts, des Gewerbetreibenden, des Kaufmanns und Händlers, des Fabrikanten und Spekulantens, sowie der Angehörigen aller freien Berufe voll zur Steuer beigegeben werden. Bei der Veranlagung zum Reichsnotopfer, die wohl als erste Aufgabe an die neugebildeten Ausschüsse herangetragen wird, gilt es aber ganz besonders, gehörig auf den Wusch zu klopfen, um dem Reiche die nötig benötigten Mittel zur Aufrechterhaltung der Wirtschaft zu verschaffen. Die Gewinnsgenossen in Stadt und Land mögen zeitig dafür sorgen, daß bei Bildung der Steueraussschüsse nicht einseitig, zum Besten der bisher Steuerzahler, verfahren wird.

Staatsdiener und Bauernsteuer. Der Ortsbürger, das Auge des Gesetzes, machte in den letzten Tagen in einer Gemeinde „ordentlich“ bekannt, daß laut Verordnung die Ernteflächen angegeben werden müssen. Eine Stunde später machte derselbe Ortsbürger bekannt, die Landwirte dürfen ihre Ernteflächen nicht angeben laut Verordnung des — Bauernverbandes!

Dem Herrn Bürgermeister, der hier zuerst seinen Amtspflichtigen genügt und dann auch den Wünschen seiner Herren Bauern gerecht wurde, dürfte „von oben herunter“ klar zu machen sein, daß in Baden immer noch die geschmähte vom Volk bestimmte Regierung regiert und nicht der badische Bauernverband.

Hinter den Kulissen. Man schreibt uns: Die wieder geschaffene Bezirksstelle für die badische Schifffahrt soll nach Entscheidung des Landtags und der Regierung mit einem Verwaltungsbeamten besetzt werden, weil die Geschäfte rein administrativer Natur sind. Ueberhaupt sprechen alle sachlichen Umstände für die Besetzung durch einen Verwaltungsbeamten und gegen Besetzung mit einem Techniker. Es sei nur darauf verwiesen, daß dem Vertriebsdienst 17 „Stationen“ (nicht etwa nur „Schiffstabsstellen“) und etwa 80 Mann Schiffpersonal unterstellt sind, die genau wie bei den Dahnstationen Personen und Güter abfertigen. — Was macht nun die Generaldirektion, um entgegen der sachlichen und zweckmäßigen Behandlung ihren „Techniker“ anzubringen? Sie laßt nun unter Mithilfe eines größenteils aus „höheren“ Techniker zusammengesetzten Kollegiums ihren Verwaltungsdienst nicht ausgebildeten Techniker in ihren Verwaltungsämtern um, angeblich, weil er einmal vorübergehend — viele Jahre zurückliegend! — seine Unterfertigung hat, von Verwaltungsbeamten verfertigte Schreiben.

Hier ist schnelle Zurückführung einer eminent wichtigen Frage auf den sachlichen Boden notwendig. Dieses gewalttätige Verfahren der Generaldirektion, einen maschinen-technischen Oberbeamten auf einen reinen Verwaltungsposten bringen zu wollen, muß um so eigenartiger berühren, als zur Zeit großer Mangel an maschinentechnischen Oberbeamten besteht herrscht.

Ein weiterer interessanter Gegenstand. Große Aufsehen glauben der „Badische Beobachter“ und die „Badische Landeszeitung“ wegen des im Landtag angenommenen Antrags machen zu müssen, nach dem ein Ausschuss gebildet werden soll, der sich mit der Frage der Zwangswirtschaft befassen soll. Der „Bad. Beobachter“ schreibt sich, wie ein Frau, weil es das Zentrum war, das diesen „Bedeutungslosen“ Antrag eingebracht hat; er verdrückt seinen längeren Artikel über diese große Heldentat und die liberale Skurrille, die „Bad. Landeszeitung“ sei in einem schätzenswerten Band von seiner Lachhaftigkeit Dr. Fellerschitz D. R. D. überflüssigweise — man weiß ohne die wichtige soziale Fiktion, von wem die geschäftigen Anpreisungen der Sozialdemokratie kommen — geschickten „Lettartikeln“ schon vor dem ersten Schritt zur Aufhebung der Zwangswirtschaft, „N. S.“ habe schon seit Monaten auf die notwendige halbtägige Verfassung für die Aufhebung der Zwangswirtschaft hingewiesen. Wir überlassen es dem „Bad. Beobachter“ und Herrn Dr. Fellerschitz D. R. D. zu entscheiden, ob man den Muth, wer anfangen hat, zu streiten und warten in aller Ruhe die Ergebnisse der Prüflinge des Ausschusses ab. Sollte er zu einem

Was solls mit Deinen seltsamen Dankfugungen, Sohn eines Affen? fragte er. O Herr, entgegenete Nasreddin, ich danke nur meinem Gott, daß ich dem Vorklag unserer Reis nicht gefolgt bin. Der Bei wollte Dir nämlich durch mich Quitten darbringen lassen!

Timur Nasir Amerlan schüttelte sich vor Lachen und blieb Nasreddin und der Stadt Afshahr fortan gezogen.

Ein boten einige Türkenfrauen Nasreddin, einen Sad voller Rasse zu lassen.

Soll gehehen, ihr Hausfrauen! sagte der Schelm. Ich werde nach Allahs göttlicher Weise teilen!

Und er gab dem einen zwei Rasse, dem anderen eine halbe Rasse und leere Schalen, wieder anderen einige Hände voll, und ein besonders gut riechender Jüngling erhielt sogar einen halben Sad der lederen Früchte. Die Knaben verwunderten sich darüber sehr.

Ihr seid teilweise unzufrieden? Ihr wundert Euch auch noch? Und ich habe doch recht nach Gottes Weise geteilt! Aber werft alle Rasse wieder in den großen Sad! Jetzt werde ich nach der Weise eines Knedtes teilen! Und er gab nun jedem Knaben reell nach Gewicht.

Einmal ging Nasreddin Hadisa außerhalb der Stadt spazieren. Vor einer bunten Kuh, die in einer Umzäumung weidete, blieb er in Betrachtung verfallen, stehen. So fanden ihn einige Kinder und fragten nach dem Grunde seines sonderbaren Verhaltens.

Es ist nicht sonderbar auf der Welt eingerichtet? rief Nasreddin. Dieses große Tier muß sich mit diesem kleinen Raum begnügen und haßt darin wie ein Gefangener des Kates, während die vielen Eingeborenen, die uns lustig jubelnd umtreiben, in Allahs herrlicher Welt ungehindert und ungebunden umherstreifen.

Wahrscheinlich ließ ein Vogel etwas fallen, gerade auf Nasreddins Nase.

Mein, Leute, ich muß mich widersprechen! Es scheint doch vieles gerecht hienieden zuzugehen; denn bedenkt, wenn das jetzt die Kuh gewesen wäre!

Hans Runge (Braunschweig).

\*) Name eines berühmten Gänsevogels in der Türkei.

### Aus der Partei.

#### 5. Landtagswahlkreis.

In Geldern für den Wahlkreis wurden weiter eingekannt: Kronau 200 M., Bilschweier 2. Rate 80 M., Gohewetterbach 181 M., Bading (Zellerfammlung) 7 M., Wösch 2. Rate 100 M., Dagsfeld 2. Rate 13 M., Oberweier 50 M., Wolfartweier 210 M., Rann 80 M., Oberdorf 2. Rate 85 M., Niedelsheim 2. Rate 101 M., Warf, Namenerstein 2. Rate 99 M., Niederbühl 2. Rate 50 M., Ruse 2. Rate 205 M., Späth 2. Rate 397 M., Durlach 2. Rate 570 M., Verghausen 2. Rate 102 M., Ubstadt 78 M., Heidesheim 2. Rate 59 M., Stein 2. Rate 157 M., Göbrichen 110 M., Königbach 2. Rate 877 M., Ralmbach (Zellerfammlung) 20 M., Engenstein 78 M.

Kerner wurden dem Wahlkreis überwiesen von den Genossen E. Borsheim 15 M., G. Borsheim 25 M., R. Karlstraße 40 M., R. Bruchal 10 M., P. Karlstraße 10 M., R. Karlstraße 40 M., R. Dienau 40 M., W. Karlstraße 25 M.

Diejenigen Mitgliedschaften und Genossen, die nach Sammelstellen, Wahlbezirken und Geldern für den Wahlkreis im Besitz haben, werden ersucht, diese umgehend einzufügen. Auch die Wahlberechnungen sind fröhlichst zu erlebigen. Die Neuformen werden an ihre Pflicht erinnert.

Das Parteisekretariat: Oskar Feinle.

Gemeindevertreterkonferenz für den Bezirk Bruchsal.

Es sei nochmals auf die am morgigen Sonntag, vormittags 9 Uhr im weißen Saale zum „Bürgerhof“ in Bruchsal stattfindende Konferenz für den Bezirk Bruchsal hingewiesen. Versammlung: 1. Die Aufgaben der sozialdemokratischen Vertreter in der Gemeinde, 2. Bericht über die Tätigkeit der Bezirksräte und Kommunalarbeitsverbände, 3. Bericht über die Tätigkeit der Bezirksräte und Kommunalarbeitsverbände, 4. Die Mitgliedschaften werden gebeten, dafür zu sorgen, daß sämtliche Gemeindevertreter, Gemeinderäte, Stadtverordnete und Stabsräte zu dieser wichtigen Konferenz erscheinen.

Der Bezirksvorstand: Stäber, Vorsitzender.

### Sewerkchaftliches.

#### Das Gewerkschaftsstatell Freiburg und die wirtschaftliche Lage.

In einer von den Funktionären der Freiburger Gewerkschaften fast bedachten Gewerkschaftsstatellversammlung nahmen dieselben zu der heutigen wirtschaftlichen Lage, die für die Arbeiterchaft immer schwieriger wird, Stellung. Der Referent, Koll. Gräbner, ging auf die Ursachen der Krisis ein, die Arbeiterchaft zu tragen, die Folgen tragen soll. Daß den Unternehmern der Kampf wieder anschwilt, trage der Wahlausgang sein gerichtet Maß Schuld.

Nach einer von hohem Ernst getragenen Aussprache gelangten folgende Forderungen und Richtlinien, die den maßgebenden Organen übermitteln werden, zur Annahme:

1. Die Betriebsräte sind vonseiten des Ortsausschusses gemäß den Richtlinien des A. B. D. sofort zusammenzufassen.

2. Gegen den Abbau der Löhne ist als unbedingt durchzuführen die Forderung der Abbau der Lebensmittel- und Bedarfsartikelpreise notwendig.

3. Bei Betriebsbeschränkungen sind von dem entstehenden Lohnausfall mindestens 40 Prozent vom Unternehmer zu tragen.

4. Betriebsbeschränkungen sind zu verhindern durch Uebertragung der Verfügung auf die Geschäftsaussschüsse, Einspruch zu erheben, die aufhebende Wirkung haben und den Unternehmer zwingen, die Stilllegung zu begründen.

5. Bei dem Nachweis der Unmöglichkeit, den Betrieb aufrecht zu erhalten, ist außer der Beschäftigungsweisung auch der in den letzten 5 Jahren erzielte Gewinn zu beurteilen. Geschieht das nicht, ist die Stilllegung zu verhindern.

6. Dies ist durch entgeltlose Uebernahme des Betriebes auf das Reich zu bewerkstelligen, da die verweigerte Kontrolle als Verdacht der Sabotage angesehen werden muß.

7. Weitergehende Erteilung von Aufträgen durch das Reich, mit der Lebens- und zur Senkung der Preise beizutragen.

8. Weitergehende Förderung von Produktionsgenossenschaften durch die Regierung.

9. Durchführbarkeit der Plannirtschaft.

10. Sofortige Einleitung von Wirtschaftskrediten unter weitgehender Berücksichtigung der wertvollen Bevölkerung und der Verbraucher.

11. Erhöhung der Erwerbslosenunterstützung, die wirklich den notwendigen Erfordernissen entsprechen muß.

### Jugend und Sport.

Gruppenfeste des Arbeiter-Turn- und Sportbundes.

Der 3. Bezirk vom 10. Kreis des Arbeiter-Turn- und Sportbundes veranstaltet am morgigen Sonntag in seinen sämtlichen 5 Gruppen Gruppen-Turnfeste. Gruppe Bretten in Bretten; Gruppe Durlach in Durlach; Gruppe Karlsruhe in Ettlingen; Gruppe Forstheim in Engberg und Gruppe Rastatt in Rastatt.

An turnerischen Aufführungen sind vorgesehen: Einzelwertungsturnen, Vereinswertungsturnen, Massen-Vorführungen der Turner, Turnerinnen, Schüler und Schülerinnen, Faustball, Schlagball und Fußballwettkämpfe, außerdem Festzug, Festbankett, Konzert usw. (Das Nähere ist aus Inseraten und Plakaten ersichtlich).

Wir zweifeln nicht daran, daß die arbeitende Bevölkerung sich recht zahlreich zu den Turnfesten, den Festen der Arbeit im Gewande jugendlicher Freude einfindet. Recht oft haben die Arbeiterturner die Arbeiterfeste verdrängen lassen, darum gilt es, als Anerkennung dafür auch ihre Feste zu besuchen. Darum auf zu den Gruppenfesten am morgigen Sonntag!

25-jähriges Stiftungsfest des Arbeiter-Turnvereins Aus.

Ein Doppeljubiläum feiert am 26. und 27. Juni der Arbeiter-Turnverein Aue bei Durlach. 25 Jahre sind verfloßen, seitdem er ins Leben gerufen wurde und seine Sängervereinigung kann auf ein 25-jähriges Bestehen zurückblicken. Diese beiden Jubiläumstage werden durch eine größere Feierlichkeit zu würdigen. Nach dem am vorliegenden Programm zu schließen, verspricht das Fest auch ein echtes Fest der Arbeiter-Turner und -Sänger zu werden. Vorgelesen ist u. a.: Am Samstagabend Festbankett, Sonntag vorm. Vereinswertungsturnen 2 Uhr Festzug, Johann Festrede vom früheren Kreisvertreter W. Müller, Leipzig. Hieran anschließend Einzelturnen, Rastspiele, Konzert usw.

Die Vereine werden dringend ersucht, sofort ihre Teilnahme am Feste zu melden, damit die nötigen Vorkehrungen getroffen werden können. Am 27. Juni muß für alle die Parole lauten: Auf nach Aue!



Bezirkswanderung der Naturfreunde Mittelbadens.

Einen Wandlungsprozess hat im letzten Jahrzehnt die Arbeiterbewegung auch auf dem Gebiete der geistigen Fortbildung durchgemacht. Früher ein fittes...

Die Besprechung der Ortsgruppenleitung förderte wertvolles Material für den weiteren Ausbau des Vereins zu Tage. Die in 14 Tagen stattfindende Gewerkschaftsversammlung...

Wanderfahrten des Arbeiter-Radsport- und Fußballvereins Gau 22, Bezirk 2.

Zu einer imposanten Kundgebung für den Radsport gestaltete sich das am Sonntag, 13. Juni, veranstaltete Wanderradfahren des 8. Bezirks...

Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand jedoch die Festschau unseres Gauvereins. Die Jugend unter 14 Jahren...

Fahrtvermittlung für die Jugendwanderungen. Fahrvermittlung für Radisten zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken...

Gemeindepolitik.

Der Oberbacher Gemeindevorstand. In der Blättermeldung, daß die Stadt Oberbach, am Frankenschulden abzulösen...

Berichtszeitung.

Ein Preisverleih. In fünfjähriger Verhandlung befahte sich die Strafkammer in Mannheim mit schweren Verurteilungen gegen den früheren Heßler Bürgermeister von Schwellingen...

Aus dem Lande.

Mannheim, 17. Juni. Hier verfuhrte ein in Rheinau wohnender 25 Jahre alter Maschinenhelfer beim Kauf eines Inzuges den Altändler Gerjon Wachtel in seinem Verkaufslokal zu ermüden und zu berauben. Der Täter wurde verhaftet.

z. Giesheim, 17. Juni. Ein empörender Vorfall spielte sich hier ab. Der Firma Janak Mau, deren Inhaber als

sehr fromm bekannt ist, und der bisher kommunalverbandsangelegenheiten mit zu erledigen hatte, war letztere Tätigkeit entzogen worden. Herr Aman war deshalb genötigt, sich auch einmal Maßnahme ausstellen zu lassen. Als der Ratsherr...

Freiburg, 18. Juni. In Reichenbach war der 8 Jahre alte Sohn Alois des Hingertmachers Meis Eble beim Heutabladen beschäftigt und stürzte bei der Heubühne herab so unglücklich, daß er sofort tot war.

Albstadt, 17. Juni. Über den Gemerkungen Albstadt, Nilsbach, Binsdorf, Seidenbirndorf, Buch und Birklingen und noch auch noch anzuregender Gemerkungen ging am Dienstag nachmittags ein schweres Hagelwetter nieder, das teilweise recht erheblichen Schaden anrichtete.

Wagenbach, 17. Juni. Am Freitag haben die letzten Nachfröste bedeutenden Schaden an den Kartoffeln, an Bohnen und ebenso zu den Getreidearten und Weizenarten angerichtet. Letztere standen in überreicher Reife, die durch den starken Reif...

Wagenbach, 18. Juni. Bei einem bei einem heftigen Gewitter, das in der Gegend von Wagenbach niederkam traf ein junger, kleiner Sohn des Bürgermeisters in dem Augenblick, als die Massen zum Singen angezogen waren. Ein in der Hand des Kindes befindlicher Knabe fiel aus dem Fenster...

Aus der Stadt.

Sonnenbad. Ich liege nackt im grünen Gras, Der Himmel leuchtet tief und klar, Im Himmelslicht um meine Nase Ragt ein verblühtes Falterpaar.

Die Grille schillt ihr ewiges Lied, Das Otin verflucht in süßen Dämmern, Und wölbig löst sich jedes Glied.

Wie kein erscheint von dieser Wiese, Was eben noch an mir genagt; Der Brotpreis, die Regierungskrise, Ob man schon wieder Spa verlagt.

Diogenes, o nun begriff ich In Alexander einst dein Wort: Geh bitte aus der Sonne fort — Auf alles andere weiß ich — Peter Michel.

Kirchenaufruf nach der Schweiz? Wie uns berichtet wird, hat die Badische Obsterwerntungs-gesellschaft, Karlsruhe, die Erlaubnis erhalten, 100 000 Rilo Kirchen nach der Schweiz auszuführen.

Die Regierung wird auf tun, sich zu dieser Sache zu äußern, denn die Erzeugung über die hohen Kirchenpreise und über die städtische minderbemittelte Bevölkerung sehr groß, jedoch eine Auffklärung durch die Regierung am Platze ist.

Meiner mutet es doch sonderbar an, daß in dem Moment, wo Arbeiter- und Beamtenfamilien infolge des teureren Preises keine Kirchen kaufen können und von allen Seiten die Bevölkerung aufzufordert wird, die so teureren Kirchen einfach liegen zu lassen, um auf diese Weise einen Druck zur Verbilligung auszuüben, die Badische Obsterwerntungs-gesellschaft im Schwarzwald der Vorkosten in Oberndorf (Württemberg) folgendes Inserat losläßt:

Wir empfehlen uns zur Lieferung von badischen Kirchen für Großabnehmer aus dem Völkler Gebiet, dem Reichthal, dem Ringthal, vom Kaiserstuhl und der Hebelberger Gegend.

Badische Obsterwerntungs-gesellschaft, Karlsruhe, Kreisstr. 184. Tel.: Obsterwerntung.

Unter diesen Umständen hat das Vorgehen der Konsumenten natürlich keinen Wert, denn kaufen sie nicht die Kirchen, so gehören dies die Verkäufer der Obsterwerntung, bezahlen den Erlös an die bekannt guten Preise und die städtische minderbemittelte Bevölkerung muß entweder Minderpreise entrichten oder auf die Kirchen verzichten. Zur Verbilligung der Kirchen ist das Vorgehen der Obsterwerntungs-gesellschaft gewiß nicht angeht.

Der Geschäftsbetrieb der Karlsruher Straßenbahn. Die Beschäftigung des Straßenbahndepots und der Werkstätten der Straßenbahn durch die Stadtverordneten am 15. Juni hat so viel des Interessanten für die Öffentlichkeit, daß es geboten erscheint, auf dasselbe ausführlicher zurückzukommen, was hiermit geschehen soll.

Die Führung erstreckte sich durch folgende Anlagen: Kraftwerk, Lageräume, Kantinen- und Ankleidekabinen, Schlosserwerkstatt, Cailletier, Schneiderei, Ankermühl, Werkzeugmaschinen, Schmiede, Nachschalterbau, Schreinererei, Lackwerkstatt, Wagenumbauwerkstatt, Wagenwerkraum und Wagenhallen.

Direktor Schmidtman belebte und veranschaulichte die Leistungsfähigkeit des Unternehmens durch folgende Daten: Das Kraftwerk im Jahre 1919 im Betrieb; es enthält 3 Verbunddampfmaschinen von je 235 P.S. max., direkt gekuppelt mit je einer Dynamomachinerie von 175 Kilowatt-Leistung (1 Kilowatt = 136 Pferdestärken); die 4 Kessel haben je 80 Quadratmeter Heizfläche. Es wird etwa die Hälfte des zum Betriebe der Straßenbahn notwendigen Stromes erzeugt; geliefert wird nach Cillen bis Durlach und Hansfeld, nach Weiten bis einschließlich Karlsruhe, den übrigen Strecken versorgt das Rheinhafenwerk.

Der Kohlenverbrauch stieg von 89 000 t in 1918 auf 458 600 t in 1919; der Preis der Tonne Kohlen von 19,80 auf 48,60 M = 245% Proz., dabei hat sich die Eigenkraft der

Kohle so verschlechtert, daß 25 Proz. Mehrverbrauch für die erzeugte Kilowattstunde entsteht. Es ist bekanntlich geplant, das Dampfkräftwerk aufzugeben und durch eine wesentlich wirtschaftlichere Quecksilberdampf-Gleichrichteranlage zu ersetzen. Die Lieferung voraussichtlich im Herbst erfolgt.

In der Schlosserwerkstatt sind folgende Bearbeitungsmaschinen aufgestellt: 8 Drehbänke, 10 Bohrmaschinen, 3 Hobelmaschinen, 7 Schleifmaschinen, 2 Kaltlägen, 2 Blechscheren, eine fahrbare Autogen-Schweißanlage u. a. m. Die Schreinererei enthält 2 Bandlägen, 1 Kreissäge mit Rang-Lochbohrmaschine, 1 Vorricht- und Fügesteinhölzer, 1 Dicken-Hobelmaschine.

In dem Wagenwerkraum war das Modell für eine Motorenleistungsmessung aufgestellt, mit der man bei Staatsbahnwagen sehr gute Erfolge erzielt hat. Die Einrichtung soll auch für Straßenbahnwagen vorgesehen werden; Versuchsfahrten haben ergeben, daß Stromersparnisse bis zu 10 Proz. gemacht werden. Bei einem jährlichen Stromverbrauch von 4 Millionen Kilowattstunden ergäbe das, wie der Vollständigkeit halber hier nochmals erwähnt sei, eine Ersparnis von 400 000 Kilowattstunden im Jahr.

Der Wagenpark der Straßenbahn umfaßt 87 Motorwagen, 70 Anhängewagen und 53 Arbeits- und Güterwagen, jener der Karlsruher Lokalbahn, die bekanntlich auch der Leitung des Bahnamts unterstehen, 11 Dampflokomotiven, 11 Motorwagen 53 Anhängewagen und 44 Arbeits- und Güterwagen. Bei beiden Bahnen sind insgesamt 1051 Beamte und Arbeiter beschäftigt.

Die werktägliche Leistung der Motorwagen ist 9160 Kilometer. Vorhinübergeleitet entspricht das einem Schienenweg länglich von Wilsdorf-Berlin nach Petersburg und zurück über den 2/3fachen der Strecke Antwerpen-Berlin-Konstantinopel. Verändert werden durchschnittlich täglich 96 000 Fahrgäste und durchfahren rund 85 000 Haltestellen.

Am letzten Werktag fuhr abends zwischen 9 und 12 Uhr 105 Wagen zur Stadt, mit denen mindestens 4200 Fahrgäste befördert wurden. An diesem Tage gingen insgesamt 925 Wagen vom Schloßhof in der Richtung nach dem Marktplatz.

Die Einnahmen sind von 1,28 Millionen Mark in 1911 auf 6,5 Millionen Mark in 1919 gestiegen; in 1920 wird eine Einnahme von 14-15 Millionen Mark erhofft, ob aber mit dieser Einnahme die Betriebsausgaben voll gedeckt werden, erscheint noch fraglich.

Die Ausgaben für Verzinsung und Tilgung sind von 1911 bis 1919 von 480 000 M auf 780 000 M, für Strombezug aus dem Rheinhafenwerk von 59 000 M auf 390 000 M, für Löhne der Kraftbediensteten von 827 000 M auf 1 286 000 M, für Löhne der Werkstattarbeiter von 84 000 M auf 770 000 M, für Beamtengehälter von 59 000 M auf 140 000 M gestiegen. Es muß bei diesen Zahlen u. a. berücksichtigt werden, daß in den Vergleichszeitraum die Eröffnung des neuen Bahnhofs mit seinen erheblichen Betriebsveränderungen fällt.

Diese Zahlen reden eine deutliche Sprache und sprechen für die große Summe von Arbeit, die von der städtischen Straßenbahn geleistet wird. Sie sind von erheblicher Bedeutung in einer Zeit, in der die wirtschaftlichen und technischen Fortschritte oft geradezu unerschwinglich sind.

Sozialdemokratische Partei Karlsruhe. Die Bezirk, die mit den Wahllosten und den Wahlsondarmen noch nicht abgerechnet haben, werden gebeten, dies am morgigen Sonntag vormittag zu erledigen. Hermann Lang, Kassier, Kaiserstraße 46.

Rein Arbeiter-Jugend Karlsruhe. Die Jugendgenossen und Jugendgenossinnen, die an dem Morgen Sonntag in Ettlingen stattfindenden Gruppen-Turnfest der Freien Turnerschaft teilnehmen wollen, treffen sich um 12 Uhr in der Halle des Hauptbahnhofs. Abfahrt 12.30 Uhr mit der Staatsbahn nach Ettlingen. Es wäre erwünscht, daß möglichst viele Jugendliche an dem Turntage teilnehmen, ist doch auch die freie Turnerschaft stets gerne bereit, die Veranstaltungen der Arbeiterjugend zu verschönern. — Diejenigen Jugendlichen, die sich zur Volkshöhne eingetragen haben, werden dringend ersucht, ihre Karten zur Vorstellung von „Othello“ am nächsten Montag und zu „Dr. Klaus“ am 9. Juli heute noch bei Jugendgenossin Elsa Hübner, Bahnhofsstr. 2, abzuholen.

Darüber. Wir machen nochmals auf die heute (Samstag) abend 8 1/2 Uhr im „Karlsruher Hof“ stattfindende Parteiverammlung aufmerksam, in welcher Genosse Trinius das Thema behandeln wird: Was lehrt uns die hinter uns liegende Reichstagswahl? Wir erwarten das Erscheinen aller Mitglieder. Gäste sind willkommen.

Monatsversammlung des Reichsbundes der Kriegsbekämpften, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen. Am Freitag abend sprach der Gaubürgermeister Oberle über den Bundesrat und das neue Reichsverfassungsgesetz in einem glänzenden, anhalt sachkundigen Referat. Er erläuterte die wichtigsten Bestimmungen des Gesetzes und bezeichnet das Gesetz als einen großen, sozialpolitischen Fortschritt. In den angeführten Paragraphen übte er eine energische, sachliche Kritik. In seinem Schlusswort rechnete er scharf mit der schollen und verlogenen Kampfesweise der Kriegsbekämpften ab. An Stelle des aus dienlichen Gründen zurückgetretenen bisherigen ersten Vorsitzenden wurde der Krankenassenbeamte Schillingler gewählt.

Gründlichkeit nachgeordneter gegen übergeordnete Beamte. Uns wird geschrieben: Wie sehr der alt, wilhelminische Geist noch in gewissen Beamtenköpfen spukt geht daraus hervor, daß ein gewisser Herr Oberbetriebsinspektor Hoffen im Gegenwartskontext nach verlangt und es mit Hilfe der Eisenbahngeneraldirektion durchzusetzen hofft, daß ein älterer mittlerer Beamter, der Sozialdemokrat ist und ihn beim Vorübergehen auf der Straße nicht anhielt, nunmehr aufgrund des § 7 der Gen. Bestimmungen für die Beamten gewinnen will, ihn (Herrn Hoffen) zu arbeits, was der bet. Beamte aber trotz einer diesbezüglichen Aufforderung seiner Behörde abgelehnt hat, da der angeführte Vorgesetzte im Widerspruch mit dem Geiste unserer heutigen Verfassung steht. Wenn die Eisenbahngeneraldirektion tatsächlich, wie es beim zutreffen scheint, den bet. Beamten nötigen will, einen ihm übergeordneten Beamten, der zu dem nicht einmal sein direkter Vorgesetzter ist, zu grüßen, so müßte solches Vorgehen als geradezu im höchsten Maße rüchdrücklich bezeugt werden.

Im alten Militärstaat konnte man allenfalls von einem Beamten verlangen, daß er jeden ihm übergeordneten Beamten nach demselben Muster zu grüßen hatte, wie seinerzeit der gemeine Soldat, die ihm übergeordneten Chargen, denen er eine bis ins kleinste vorgegebene Ehrenbeziehung zu erweisen hatte.

Seine Geflorenheiten passen aber nicht mehr in unseren demokratischen Gegenwartsstaat und wenn nun leitende Beamte der Eisenbahngeneraldirektion aus einer erneuerungsbedürftigen Vorkritik, wie die Befolgung vorhinunterer Bestimmungen fordern, so beweisen diese Herren damit, daß sie sich entweder in unsere neue Zeit nicht mehr hinein finden können und dann sind sie reif für die Zurücksetzung — oder aber sie wollen den alten Kastengeist wieder hochleben lassen. Unseres Erachtens sollte diesen musterwärtigen Vorgesetzten in Erinnerung gebracht werden, daß wir eine Revolution hinter uns haben, welche allen monarchistischen Minderwegesetzt hat aber leider bei der Aufräumungsarbeit vergessen hat, was nun nachgeholt wäre.



**Sommeranfang.** Am 21. Juni, abends 6 Uhr 40 Min., tritt die Sonne in das Zeichen des Krebses. Dieser Termin ist der Beginn des astronomischen Sommers. Der 21. Juni ist der längste Tag im Jahre; an ihm geht die Sonne um 8 Uhr 46 Minuten auf, um 8 Uhr 17 Min. unter. Bald beginnt wieder die Abnahme des Tages, der am Tage des Winterbeginnes schließlich seine kürzeste Ausdehnung erreicht hat. Sommeranfang war für unsere germanischen Vorfahren ein festlicher Tag; sie feierten an ihm die Sommer-Sonnenwende, auf den Berggipfeln und auf den Wiesen versammelten sie sich um ein Feuer, das sie zu Ehren Baldurs, des Gottes, des Lichtes und der Schönheit anzündeten. Als dann das Christentum in unsere Länder eingog, stimmten die Sonnenwendfeuer weiter, aber statt dem germanischen Lichtgott, galten sie nun Johannes, dem Täufer, dessen Gedentag der 24. Juni ist. In zahlreichen Gebieten unseres Vaterlandes hat sich die Feier des Sonnenwendtages mit ihren Feiern erhalten, an manchen Orten hat man es verstanden, sie, nachdem sie verschwunden war, neu zu beleben.

**Ausstellung für Kinematographie.** Gelegentlich der Tagung des Reichsverbandes Deutscher Lichtspieltheaterbesitzer e. V. Berlin und des Verbandes Südd. Lichtspieltheaterbesitzer, St. Münden, der Vereine Bayern, Württemberg, Baden und der Pfalz, Hessen und Westfalen findet vom 5. bis 11. Juli in der „Orangerie“, Hans-Thomastraße, eine Kino-Fachausstellung statt, in der vormittags und nachmittags den Schulen Massenweise und den hiesigen Vereinen und der Öffentlichkeit Filme aus den Gebieten: Medizin, Volkswirtschaft, Naturwissenschaft, Land- und Forstwirtschaft, Kunstgeschichte, Turnen und Sport vorgeführt werden. Die Allgemeinheit hat hier die beste Gelegenheit, sich von der Leistungsfähigkeit des Films in verschiedenen Richtungen zu überzeugen. Für die Reichhaltigkeit der Veranstaltung spricht die Tatsache, daß an 70 Anmeldeungen für diese eingegangen sind. Eine große Anzahl von Neuerungen wird das Interesse der Besucher erregen. Die Vorführungen aus den verschiedenen Gebieten des öffentlichen Lebens werden die Bedeutung des Films in deutlicher Weise darlegen.

**Sonntagsdienst der Apotheken.** Friedrich-Apothek, Durlach, Allee, Ecke Oberrhein, Tel. 2762. Internationale Apotheke, Markt, Karlsruhe, Tel. 433. Griech. Apotheke, Kirchstraße, Ecke Amalienstr., Tel. 1409. Rhein. Apotheke, Südstadt, Werderplatz, Marienstr., Ecke Werderstraße, Tel. 1245.

**Volkshöhle.** Wie schon mitgeteilt, veranstaltet die Volkshöhle, um der großen Nachfrage genügen zu können, eine nochmalige „Othello“-Vorstellung (A 9), die am Montag, 21. Juni, abends 7 1/2 Uhr, im Konzerthaus stattfindet. Dienstag, 22. Juni, ist dann als B 2 die zweite Vorstellung von „Doktor Klaus“.

**Arbeiterbildungsverein.** Morgen (Sonntag, 20. Juni) veranstaltet der Verein in den Räumen des Rühlens Krug nachmittags 3 1/2 Uhr beginnend unter Mitwirkung seiner Gefangs- und Turnabteilungen und des Musikvereins Harmonie ein Sommerfest. Damit ist die Begrüßung der heimgekehrten Kriegsgefangenen und die Ehrung des 25. Jahres beim Verein beamteten Hausmeisters, Wilhelm Walmshäuser, verbunden.

**Kaninchenzucht.** Am 19. und 20. Juni hält der Kaninchenzuchtverein: Stammberein, welcher der größte Verein mit 216 Mitgliedern in Karlsruhe ist, in Schrempfs Bierkeller, Weierheimer Allee 18-20 im großen Saal seine diesjährige Sommerausstellung ab. Ein Besuch dieser Ausstellung ist für Jedermann sicher lohnend und werden Neuanmeldungen zum Verein in der Ausstellung an der Kasse angenommen, an der auch bereitwillig jede Auskunft gerne erteilt wird. (Näheres siehe Inserat.)

**Kolosseum.** Der neue Spielplan bietet wieder ein abwechslungsreiches Variétéprogramm. Die Verwandlungsgängerin Susi Veneri und die drahtige Sourette Gertrud Bord wissen jede in ihrer Art zu fesseln. Originell wirkt der musikalische August Billy Dietrich mit seiner in einem kleinen Kastenwagen eingebauten Geige, der er zarte und vollendete Töne zu entlocken versteht. Hohe geschickliche Anforderungen stellt auch sein Gladienspiel. Durch seine Virtuosität zeichnen der akademische Kunstmalers Cuprano in Erlaunen, Francis Gerard, der moderne Serklus verblüfft durch seine enorme Kraft und Gewandtheit erfordernden Leistungen. Billy Buffon erfreut durch seine urkomischen Verwandlungsgenen und Imitationen. Der Komiker Paul Wolff-Lindau bringt seine neuesten Schläger. Die Barriere-Akrobaten Fred und Benn bringen anerkennenswerte Neuheiten ihrer Kunst. Wer das Kolosseum besucht, kann einige unterhaltende genussreiche Stunden erleben, zudem auch das Orchester in seiner bekannt guten Weise für die musikalische Unterhaltung sorgt.

**Diebstahl.** Am Dienstag, den 15. Juni wurden aus einer Wohnung in der Hl. Landstraße mittels Schlüssel eine goldene Uhr mit Ketten, ein goldener Anhänger und Betrüger von erheblichem Werte von unbekanntem Täter entwendet.

**Verhaftet wurden:** Ein Koch aus Leofels, der sich unter falschem Namen hier, in Gillingen und Durlach einmietet und eine Reihe Diebstahlsfälle verübte, ein Kaufmann aus Weierheim, ein Telefonist von hier, der bei einer Händlerin in der Rudolfstraße eingetroden, Gold- und Silberwaren, sowie Geld im Werte von 7000 M. stahl, welche ihnen wieder abgenommen wurden, ein Schlosser von hier und ein Schlosser von Durlach wegen Motorrad Diebstahls, von denen ein Motor beigebracht wurde, ein Kaufmann von hier wegen Urkundenfälschung, ein Hilfskassierer aus Friedrichstal wegen Beihilfe zum Verbrechen nach § 218 R.S.G.B., ein Kaufmann aus Durlach und ein Landwirt aus Altmannsdorf, wegen Salbaranziehung, ein 20 Jahre alter Arbeiter aus Germerstheim, der wegen Einbruchdiebstahls gesucht wurde.

**Valuta-Bericht vom 19. Juni.**  
Der Markkurs in der Schweiz notierte heute etwa 144 Cts. Auszahlung Holland notierte 13.85 M pro holl. Gulden, Schweiz 7.00 M schw. Fr., England 154 M pro Pf. Sterling, Frankreich 3.06 M pro franz. Fr., Neupost 88 1/2 M pro Dollar.

**Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte vom 19. Juni 1920.**  
Auch gestern war das Wetter bei zeitweiliger Auflockerung wieder vielfach wolkig. Niederschläge fielen im südlichen Schwarzwald schon am gestrigen Vormittag, im nördlichen Baden erst in den Nachmittagsstunden in sehr nachgelagerter Ergiebigkeit, auch kamen strichweise stärkere Gewitter zur Entladung. Die Höchstwerte der Temperatur wurden gestern in der Ebene 23 Gr. verzeichnet, heute früh sind 16 Gr. Wärme beobachtet worden. Ueber dem Festland lagernbe flache Luftmassen behielten noch immer die Vorkerrschaft über die Wetterlage.

**Prognose der Witterung bis Sonntag, 20. Juni, nachts:**  
Zeitweilige Auflockerung, doch strichweise wieder Gewitterregen, warm.

**Letzte Nachrichten.**  
**Ein neuer polnischer Gewaltakt.**  
Berlin, 19. Juni. Das Mitglied des Deutschen Ausschusses in Warschau, Dr. v. Polzun, ist auf der Reise nach Berlin von den Polen ohne jeden Grund verhaftet worden.

**Krankentassen und Ärzte.**  
Berlin, 19. Juni. Die Verhandlungen zwischen den Berliner Krankentassen und den Ärzten in urden gestern wieder aufgenommen. Während die Ärzte auf ein festes Honorar von 250 M. mit 25 Proz. absonderlicher Zuverfügungstellung heruntergingen, hielten die Krankentassenvertreter an einem Satz von 26 M. pro Kopf und Jahr fest. Die Verhandlungen kamen auch gestern zu keinem Abschluss.

**Großfeuer bei Krupp.**  
Essen, 19. Juni. Gestern abend kurz vor 9 Uhr brach in den Kruppischen Holzbaracken, die während des Krieges erbaut worden sind, Großfeuer aus, das sämtliche Baracken zwischen der Nordstraße und der Kruppstraße vernichtete. In den Baracken war das Möbelager der Rheinisch-Westfälischen Möbelbauunternehmung, das einen Millionenwert repräsentiert. Die Möbel sind sämtlich ein Raub der Flammen geworden. Ein Teil der Baracken wurde von der Stadt als Krankenanstalt benutzt. Auch diese sind den Flammen vollständig zum Opfer gefallen. Ob die zahlreichen dort untergebrachten Kranken sämtlich in Sicherheit gebracht werden konnten, war bis zur Stunde noch nicht festzustellen.

**Streik in Mittelsdeutschland.**  
Halle a. d. S., 19. Juni. Die Arbeiter der Stadt. Elektrizitätswerkes sind gestern nachmittag wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Der Betrieb der Straßenbahn wird nur zum Teil aufrecht erhalten. Die Stadt ist ohne elektrisches Licht.

**Der Gewerkschaftsboykott gegen Ungarn.**  
Amsterdam, 19. Juni. Der internationale Gewerkschaftsboykott hat an den ungarischen Minister des Innern eine Mitteilung gerichtet, in der es heißt: Vor dem für den 20. Juni angetragenen des Boykotts, zu dem der Internationale Gewerkschaftsbund zur Bekämpfung des Weißen Schreckens in Ungarn sich genötigt sah, richten wir einen letzten Appell an Sie, ausweichende Sicherheiten für die sofortige Einstellung jedes terroristischen Vorgehens und für die freihandliche Entwicklung der Arbeiterbewegung in Ungarn zu geben.

**Englischer Militarismus und Völkerbund.**  
Amsterdam, 19. Juni. Nach dem von englischen Kriegsminister veröffentlichten Vorschlag für 1920/21, der eine Ausgabe von 125 Millionen Pfund Sterling für eine Streitmacht von 333 632 Offizieren und Mannschaften ausschließlich des Herres in Indien vorsieht, befinden sich in den Rheinlanden 16 674 Mann, die eine Ausgabe von 4 350 000 Millionen Pfund Sterling benötigen.

**Londen, 18. Juni.** Balfour sagte in einer Rede über den Völkerbund, man könne den Völkerbund mit Arbeiten nicht überlasten. Wenn man ihm zuviel Arbeit aufbürden würde, dann würde er zusammenbrechen. Hquith bemerkte, der Völkerbund hätte in der polnischen Frage eingreifen müssen. Der Oberste Rat müsse abgelehnt werden, damit der Völkerbund eine Realität werde. Balfour: Der Oberste Rat müsse beibehalten werden, bis er die ihm zugewiesenen Fragen erledigt habe.

Im Unterhaus sagte Balfour weiter, alle Nationen müßten dem Gedanken befehl sein, daß eine allgemeine Entwerfung die erste Bedingung für einen dauerhaften Frieden sei. Die gefährlichsten Feinde des Völkerbundes seien die, die

der Ansicht seien, der Bund gehe lange nicht weit genug. Balfour sagte dann, daß bei Lord George eine Abordnung gewesen sei, die auf Bildung einer internationalen Macht dringte, um die Beschüsse des Völkerbundes mit Gewalt durchzusetzen. Man dürfe aber den Völkerbund nicht zu einer Art Ueberstaat machen. Das sei nicht die Absicht bei seiner Schaffung gewesen. Der Völkerbund würde mehr als die Hälfte verlieren, wenn er nicht ein Weltbund sei. Gegenwärtig stehe einer der größten Staaten abseits. Eine der Hauptbedingungen des Zutritts Amerikas zum Bunde sei, daß dadurch die Souveränität nicht in Gefahr gebracht werden würde.

**Unruhen im Trentino.**  
Brixen, 19. Juni. Wie die „Neue Züricher Zeitung“ aus Bozen meldet, dauern die Unruhen im Trentino fort. In Trambileno wurden zwei Kasernen durch kuffländische beschossen, in Brentonico erfuhrten die Sozialisten das Rathaus und verjagten den königlichen Kommissar. In Rovereto rissen die Sozialisten die Tafel der von Rathaus herunter, in Trient hatte es angeblich vier Tote gegeben.

**Der Kriegsruf der Bolschewisten gegen Polen.**  
Kopenhagen, 19. Juni. „Berlinske Tidende“ meldet aus Warschau: Lenin, Krasch und Justizminister Kurcki fordern in einem Manifest das alle Offizierskorps auf, die Kämpfe bei Riem, im Kaukasus und in Sibirien einzustellen und sich der Sowjetregierung für den Kampf gegen das imperialistische Polen zur Verfügung zu stellen. Wenn sie zum Siege Russlands beitragen würden, würde ihnen Amnestie für ihre früheren Taten in den Meeren Kollis, Denikins und Wrangels gewährt. Ein ähnlicher Aufruf, sich dem Vaterlande zur Verfügung zu stellen, wurde an die Marineoffiziere, und an die russische Intelligenz gerichtet.

**Großfeuer in Polen.**  
Kowno, 19. Juni. Gestern nacht brach in einer Bäckerei, in der Altstadt Feuer aus, das so schnell um sich griff, daß in wenigen Stunden das ganze Stadtviertel zwischen der Benediktinerkirche und der Wilejstraße in Flammen stand und in der Nacht völlig niederbrannte. Der Schaden geht in die Millionen.

**Briefkasten der Redaktion.**  
Durlach, Leber nicht, erst die andere Woche. E. H. Kaffat, Ja. E. H. hier, für Nichtmitglieder keine Gelegenheit zum Ferienaufenthalt nur zum gelegentlichen Uebernachten. Anzumelden bei A. Kienle, Goethestr. 24.

**Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe.**  
Geburten, Karl Birkel von Schönau Amt Heidelberg, Sekr. u. Abteil. Vorstand des Bestattungsamts hier, mit Elise Müller von hier, Ami Durlach.  
Ehegeschlungen, Hermann Nag von Sawach, Straßenschafter hier, mit Elise Henning Witwe von Jittingen. Wilhelm Belsack von hier, Mechaniker hier, mit Wilhelmine Morisindweg von Bretten. Albert Vogel von Mainz, Kaufm. hier, mit Bertha Baer von Untergröndach. Otto Geiger von hier, Eisenbahnschreiber hier, mit Bertha Zeitlind von hier. Friedrich Dieffenbacher von hier, Bürobeamter hier, mit Karoline Lejer von Friedenheim. Johann Fischelel von Würzburg, Ober-Schreib. Sekr. hier, mit Bertha Schmidt von Jtingen. Gustav Schmidt von Heidelberg, Dipl.-Ing. in Mannheim, mit Laura Schaller von hier.  
Todesfälle, Anna, alt 1 Jahr 3 Monate 9 Tage, Vater Jaf. Jordan, Mechaniker. Karoline Eißler, alt 43 Jahre, Ehefrau von Andr. Eißler, Lagermeister. Andreas Braun, Chem., Schreinermeister, alt 48 Jahre. Dr. Friedrich Wolff, Witmer, Geh. Kommerzienrat alt 87 Jahre.

**Standesbuchauszüge der Stadt Durlach.**  
Geburten, Richard Ludwig Wilhelm, B. Ludwig Berth. Monteur, Geria Luise Anna, B. Otto Karl Dumas, B. Schloffer.  
Ehegeschlungen, Theophil August Wilhelm, Burghahler, Vikar in Waldbrunnbach u. Eberbach, mit Maria Marta Schneider in Döhringen (Württemberg). Raul Ortwein, Kaufmann, mit Nola Rieth, beide hier. Walter Josef Friedrich Sadgerber, Architekt, mit Elise Anna Wirt, beide hier. Albert Sedwendergurger, Kolobide, mit Anna Johanna Burger, beide in Heidelberg. Gustav Emil Wolf, Kaufmann in Dagsfeld, mit Karoline Katharina Gerhardt hier. Karl Wilhelm Weiß, Dekorateur, mit Marie Karoline Schneider, beide hier. Heinrich Bauer, betw. Landwirt in Königsdorf, mit der betw. Luise Elisabeth Bauer geb. Klingel in Gillingen. Wilhelm Böhm, Metallschleifer, mit Anna Magdalena Ludwig Schmidt, beide hier.  
Todesfälle, Ludwig Albert Johann Schenkel, Chemann und Landwirt, 65 Jahre alt, Heinrich Christian Mannherz, Flechner und Installateur, Ehemann, 44 Jahre alt, Hermann Magulian, Sohn des Josef Münch, Magazinbediener, 6 M. alt.

**Vereinsanzeiger.**  
Bruchsal. (Sog. Partei.) Samstag, den 19. Juni abends 8 Uhr, Parteiverammlung mit Vortrag. 4082

**Wasserstand des Rheins.**  
Schutterinsel 275, gest. 22 Zim. Neßl 861, gest. 20 Zim. Nagau 519, gest. 6 Zim. Rannheim 425, gest. 1 Zim.

**Baden-Baden.**

**Corned-Beef (Wachsenfleisch)-Ausgabe.**

Als Ersatz für Fleischfleisch und Wurst wird am Samstag, den 19. Juni in den hiesigen Metzgereien und Wurstereien von 8-12 Uhr Corned-Beef (Schweizer-Sendung) ausgegeben. Als Höchstmenge kommen zur Verteilung: 160 Gr. auf die für Baden-Baden geltende Reichsfleischkarte, Abschnitt 14, bis 20. Juni.

Der Preis für 160 Gramm beträgt 4.05 M.  
Die Metzgereien und Wurstereien haben die Marken zwecks Abrechnung am Mittwoch, den 23. Juni, auf Zimmer 5 des Lebensmittelamts abzuliefern. 1718

Baden-Baden, den 17. Juni 1920.  
Städtisches Lebensmittelamt Baden-Baden.

**Lebensmittel-Ausgabe**

für die Zeit vom 21. bis 26. Juni 1920.  
Butter- und Margarine-Ausgabe nur vom Donnerstag, den 24. bis einschließlich Samstag, den 26. Juni in den vom Lebensmittelamt festgesetzten Verkaufsstellen.

1. Zul. Butter: 20 Gramm auf die Butterkarte 3. Woche Juni (21.-27. Juni) Preis das Pfund 13.- M.
2. Margarine: 1/2 Pfund auf die Marke C 374, Preis das 1/2 Pfund 6.25 M.

Die Butter- und Fettmarken verlieren am Samstag abend, den 26. Juni, ihre Gültigkeit.  
Bezugsberechtigte, die noch bei keinem Händler eingetragenen sind, werden an Kasse 4 im Park beliefert.  
Lebensmittelausgabe im Park an Kasse 4 und in den hiesigen Viktualien und Weststadt, in der Zeit vom Montag, den 21. bis Freitag, den 25. Juni 1920.  
Am Montag, den 21. Juni für die Buchstaben A-F, am Dienstag, den 22. Juni, für die Buchstaben G-H, am Mittwoch, den 23. Juni, für die Buchstaben I-N, am Donnerstag, den 24. Juni, für die Buchstaben O, am Freitag, den 25. Juni, für die Buchstaben T-Z.

3. Kartoffeln: Markenfrei. Ausgabe erfolgt von 10 Pfund ab, Preis das Pfund 30 S.

4. Markenfreie Artikel werden von Zeit zu Zeit an den Anschlagtafeln bekannt gegeben und nur an Kasse 4 im Park abgegeben.

5. Kindernahrungsmittel: Ausgabe erfolgt nur an Kasse 5 im Park. Saferloden, lose, 1/2 Pfund, Preis das 1/2 Pfund 1.75 M.  
Eier, frische: 3 Stück, Preis das Stück 85 S.

Abgabe erfolgt nur auf die Nahrungsmittelkarte für Kinder bis zu 4 Jahren gegen Abstempelung des Monats Juli.

Zwecks Abwicklung eines geregelten Geschäftsbetriebs bitten wir im eigenen Interesse der Bevölkerung um genaue Einhaltung der für die Verkaufsstellen vorgeschriebenen Verkaufsabfolge.

Ab Donnerstag, den 24. Juni, gelangt in den einschlägigen Geschäften zur Ausgabe:

6. Preis: 1/2 Pfund auf die Marke C 375, Preis das Pfund 6.- M.
7. Saferloden: 1 Pfund auf die Marke C 376, Preis das Pfund 4.- M.
8. Marmelade ausl. in Gläsern: 1 Pfund auf die Marke C 377, Preis das Pfund einschl. Glas 6.20 M.
9. Kakao: 100 Gramm auf die Marke C 378, Preis die 100 Gramm 3.15 M.
10. Zucker: 800 Gramm Einmachzucker und 700 Gramm Ronaiszucker (im Voraus für den Monat Juli) auf die Zudermarken B 26 bis 31, Preis das Pfund 1.95 M.
11. Maisstärker: 1/2 Pfund auf die Marke C 379, Preis das 1/2 Pfund 65 S.
12. Karlsruher-Suppe, lose: 1/2 Pfund auf die Marke C 380, Preis das 1/2 Pfund 50 S.
13. Brot: 1500 Gramm und 1 Rhl nach besonderer Bekanntgabe durch das Städt. Lebensmittelamt. Zur Stärkung des Brotes u. Weich wird Saferloden und Haf.-Wassermehl empfohlen.

Die Lebensmittelmarken für die Kaufleute verlieren am 8. Juli ihre Gültigkeit. Für verloren gegangene Lebensmittelmarken und Marken wird kein Ersatz geleistet. 1720

Baden-Baden, den 19. Juni 1920.  
Lebensmittelamt.

**Neue Reichsbrotmarken (Rbm.)**

Demnächst werden laut Verfügung der Reichsgetreidefelle vom 25. Mai 1920 Nr. 9, M. 770 B. 22 neue, der Papiererparnis wegen, auf die Hälfte verkleinerte gelbe Rbm. auf je 60 gr Gebäd laudend, ausgegeben. Die alten Rbm. haben neben den neuen Rbm. bis auf weiteres Gültigkeit. Der Zeitpunkt, zu welchem die alten Rbm. außer Geltung gesetzt werden, wird noch besonders bekannt gemacht. Da die alten Rbm. noch einige Monate Geltung haben, kann wegen der langen Umlaufzeit ein Umtausch in neue Rbm. nicht stattfinden.

Es werden für jeden Reisetag nicht mehr eine bestimmte Zahl Rbm. abgegeben, (bisher 5), sondern die der Einwohner-Zugespymenge an Brot entsprechende Zahl Rbm.

Für 7 Reisetage werden zur Zeit bei einer Bodenlopfmenge von 1500 gr Brot, 1500 : 50 = 30 Rbm. verbraucht.

Die Gültigkeit sämtlicher Rbm. im kommunalüberband Baden-Baden-Stadt wird von der fertigen Flächenabstempelung der städtischen Kartenstelle abhängig gemacht.

Baden-Baden, den 17. Juni 1920.  
Städt. Brot- u. Mehlamt. 1725



**Das Wohnungsamt**  
Montag, den 21. Juni 1920  
wegen Reinigung  
**geschlossen.**  
Städtisches Wohnungsamt.

Ich habe seit 18. d. Mts. meine  
**Geschäftsräume** nach meinem  
Hause  
**Schlossplatz 8**  
verlegt.  
**Max Maier**  
Ledergrösshandlung Tel. 2049.

**Badisches Landestheater.**  
Samstag, den 18. Juni 1920.  
Zum  
**erstenmale: Der Leibarbeiter**  
Komödie in drei Aufzügen von Franz Molnar.  
Anfang 7 Uhr. (Gr.Pr.) Ende 9 1/2 Uhr.

Sonntag, den 20. Juni 1920  
**3. Tag Götterdämmerung**  
In einem Vorspiel und drei Aufzügen  
von Richard Wagner  
Bühnenbild: Maria Lorentz-Höllischer  
Anfang 7 1/2 Uhr. (Erh.Pr.) Ende 9 1/2 Uhr.

**Städtisches Konzerthaus.**  
Sonntag, den 20. Juni 1920  
**Liselott von der Pfalz**  
Lustspiel in vier Akten von Prescher u. Stein.  
Liselott: Käthe Meißner.  
Anfang 7 1/2 Uhr. (HohePr.) Ende nach 9 Uhr.

**Volksbühne — Konzerthaus.**  
**„Othello“**  
Montag, den 21. Juni 1920  
Abends 7 1/2 Uhr.

**Jeder Herr**  
**Herrenhut**  
Stroh, Filz od. Velour  
wird durch Waschen und Fassonieren  
tadellos hergerichtet. 4111  
Saubere Ausführung in kürzester Zeit.  
**F. Rollmann**  
Aue Kaiserstr. 99

**Kleiverkaufspreise für Gemüse.**  
Für die Zeit vom 21. Juni bis 23. Juni 1920.

Rangold	80	Grüne Erbsen	80
Spinat	50-60	Radieschen	15
Rohsalat (Frel-landsalat)	20-30	Eisapfen und Krenreichte	25
Weißkraut	80	Knoblauch	50-60
Wirsing	50	Bioleblau-Salat	65
Gelbe Rüben	50		
Kapfholzkrabi	70		

Das Kraut muß bis auf 10 cm abgeknitten werden.  
Diese Preise wurden im Benehmen mit der Stad. Gemüse- und Obstverwaltung und dem Stad. Landbespreitsamt festgesetzt.  
Ihre Ueberlieferung wird gegebenenfalls als übermäßige Preissteigerung angesehen.  
Karlsruhe, den 17. Juni 1920.  
Kommunalverband Karlsruhe-Stadt.  
Preis-Prüfungsstelle für Marktwaren.

**Städt. Fischhalle**  
hinter dem Bierordtöbnd.  
Ein weiterer

**Kühlwaggon**  
mit  
**Seehecht, Seelachs, Seeaal, Kabeljau, Schellfische und Rotbarsch**  
ist unterweg.  
Verkauf heute Samstag von 8-1/2 Uhr.  
Zurücksetzung des Verkaufs am Montag und folgende  
Vorrat auch Dienstag von 8-12 und 3-5 Uhr.  
Infolge gänzlicher Abfälle konnte der Verkauf  
auf Samstag herabgesetzt werden.  
Verkaufsmaterial der Stadt Karlsruhe.  
1728

**Volks-Buchhandlung**  
der Sozialdem. Partei befindet sich  
**Karlsruhe, Adlerstrasse 16.**

**Ange stellte!**  
Als vorteilhaftesten Ersatz für die  
**Ange stellten - Versicherung**  
empfiehlt dringend den Abschluss einer  
**Lebensversicherung**  
(äußerster Termin 30. VI. 1920)  
**Allg. Deutscher Ver. Verein o. Stuttgart**  
Bezirksdirektion Karlsruhe, Gartenstraße 44a  
Telefon Nr. 618  
Generalagent Georg Weder, Wollstraße 8  
Inspektor Leopold Haungs, Waldstr. 89 IV.

**Industrie und Verwaltungen**  
wollen bei Bedarf an  
**Brennholz jeder Art**  
bei uns 4112  
billigste Angebote verlangen.  
Lieferungen größter Mengen in kurzen Fristen.  
**Josef Schiffsens & Co., G. m. b. H.**  
Köln-Lindenthal, Bachenerstr. 60a.

**Möbelhaus**  
Ausstellung:  
**Kochkeller- u. Dönglasstr.**  
**Karlsruhe (Hauptpost)**  
Besichtigung erbeten  
**Schlaf-, Herren-, Wohnzimmer**  
**Küchen**  
Gut bürgerliche  
**Wohnungs-Einrichtungen**  
Einzelne Küchen- und Kleider-  
schränke, Bestellen, Wasch-  
kommoden, Tische, Stühle, Flur-  
Garderoben, Diwans etc.  
Anbahrung gekaufter Möbel.  
Hauptgeschäft:  
**Karlsruhe, Philippsstr. 19**  
Strassenbahnhaltestelle  
**Gebr. Karren**

**Neu eingetroffen:**  
Ein großer Posten  
**weiße Bett-**  
**Damaste**  
Lagerbestand löshend.  
**Arthur Baer**  
Saisstraße 133  
1. Et. hoch. Eing. Kreuzstr.

**Kinder-Nährmittel**  
Matermehl, Hafargriess,  
reines Malzextrakt  
empfiehlt  
**Engel-Drogerie**  
Werdorplatz 44.

**Kaufe!**  
zu höchsten Preisen getr.  
kleider, Uniformen,  
Schuhe und Wäsche jeder  
Art. Aufschließen erbet. an  
S. Axelrad, Eisenweil-  
straße 53, Telef. 3830.

**Großwäscherei Gall**  
früher größte Anstalt  
Südwestdeutschlands in  
Strassburg.  
1720

**Ich bringe meine Kragen**  
damit sie schnell in  
8 Tagen gut ge-  
waschen u. gebügelt  
werden nach  
**Kaufhaus J. Koyser**  
Durlach.

**Durlacher Anzeigen.**  
**Bekanntmachung.**  
Es wird bekannt gegeben, daß das Fett für  
das kommende Vierteljahr in folgenden Ge-  
schäften abgegeben wird:

1. Wacker Karl, Mittelstraße.
2. Dürr, Auerstraße.
3. Eisias, Kelterstraße.
4. Höll, Wollstraße.
5. Horschner Gust., Amalienstraße.
6. Goldschmidt Ad., Lammstraße.
7. Goldschmidt Aug., Wollstraße.
8. Haug, Hauptstraße.
9. Hornbacher, Weiberstraße.
10. Kiser, Amalienstraße.
11. Lang, Auerstraße.
12. Naquot, Jägerstraße.
13. Schuder, Seebachstraße.
14. Treiber, Krennstraße.
15. Vetter, Seifenstraße.
16. Gorenflo, Hauptstraße.
17. Weiler Fr., Wilhelmstraße.
18. Kungmann, Eisingerstraße.
19. Kiefer, Wollstraße.
20. Pfannsch u. Co., Auerstraße.
21. Sander Heinz., Weingartenstraße.
22. Schenl Otto, Hauptstraße.
23. Sander Hub., Hauptstraße.

Die Eintragung in die obengenannten Ge-  
schäfte findet in der Schloßkaserne (Eingang  
Seebachstraße) in folgender Weise statt:  
Montag, den 21. ds. Mts.  
vormittags von 8 bis 1 Uhr und nachmittags von  
3 bis 6 Uhr für die Geschäfte von:  
Wacker, Dürr, Eisias, Höll, Horschner Gust.,  
Goldschmidt Adam, Goldschmidt Aug., Haug,  
Hornbacher, Kiser, Lang, Naquot, und Schuder.  
Dienstag, den 22. ds. Mts.,  
Treiber, Vetter, Gorenflo, Weiler, Kung-  
mann, Kiefer, Karl, Pfannsch Auerstr., Sander  
Heinrich, Weingartenstraße, Schenl, Sander  
Hubold.

Die festgesetzte Reihenfolge muß im Inter-  
esse einer schnellen Abwicklung unbedingt ein-  
gehalten werden.  
Die neuen Fettbesitzmarken werden bei der  
Reueinleitung sofort ausgegeben und sind gut  
aufzubewahren. Für verloren gegangene Mar-  
ken wird kein Ersatz geleistet.  
Für Eintragung in der Lebensmittelausweis  
unbedingt mitzubringen.  
Die Mitglieder des Konsumvereins sind von  
der Umschreibung ausgeschlossen jedoch werden  
An- und Abmeldungen am Mittwoch den 23.  
Juni ds. Mts. vormittags von 8 bis 1 Uhr und  
nachmittags von 3 bis 6 Uhr entgegen genom-  
men.  
Gleichzeitig werden an die Mitglieder des  
Konsumvereins die Fettarten abgegeben.  
Durlach, den 18. Juni 1920. 1719  
Kommunalverband Durlach-Stadt.

**Sozialdem. Verein Durlach**  
heute abend um 8 Uhr im „Lamm“  
**Mitgliederversammlung**  
mit Vortrag des Reichstagsabgeordneten Genosse  
Schäpflin über:

**„Die politische Lage“.**  
Genossinnen, Genossen und Volkshilfsleiter  
erhalten zahlreich.

**Bruchsaler Anzeigen.**  
**Säuglings-Milchpreise.**  
Mit Wirkung vom 20. Juni 1920 muß ab-  
ermals eine Milchpreiserhöhung in Kraft treten;  
deshalb müssen auch die Verkaufspreise für die  
aus der Fabrik Milchanstalt abgegebene Säug-  
lingsmilch vom gleichen Tage an wie folgt fest-  
gesetzt werden:

Für Normalmischungen mit Schleimzusatz  
für Wollschafmilch auf 3.- M die Portion,  
für Rinderbrennmilch auf 2.- M die Portion,  
für Unbenutzte auf 1.50 M die Portion.  
Die Sonderpreise für Zusatzmischungen wer-  
den von Fall zu Fall festgesetzt.  
Für zerbrochene Flaschen ist für die Folge  
1 M zu bezahlen.  
Bruchsal, den 17. Juni 1920. 1731  
Stadttrat  
Dr. Weister. Strohaner.

**Milch- und Butterpreis.**  
Infolge Erhöhung des Erzeugerpreises wurde  
der Verbraucherpreis ab Laden vom 20.  
Juni 1920 ab wie folgt festgesetzt:  
für 1 Liter Vollmilch 2.- M,  
für 1 Liter Mager- od. Buttermilch 1.- M,  
für 1 Pfund Butter 18.- M.  
Bruchsal, den 18. Juni 1920. 1732  
Kommunalverband Bruchsal-Stadt.

**Haftatter Anzeigen.**  
Unter Bezugnahme auf die Veröffentlichung  
des Finanzamts hier vom 15. ds. Mts. erzuhen  
wir die Betriebsinhaber, Antrag auf Ausstel-  
lung von Steuerarten alsbald anher einzu-  
reichen.  
Die Anträge haben zu enthalten: des Steuer-  
pflichtigen Name, Beruf, Wohnort, Wohnung,  
Geburtszeit, Geburtsort, Familienstand und  
wenn verheiratet, Namen der Frau.  
Haftatt, den 17. Juni 1920. 1720  
Das Bürgermeisteramt.  
Kerner. Gilbert.

Die Orislisten über die Erhebung der Ge-  
treide- und Kartoffelflächen liegen während 6  
Tagen auf dem Rathaus — Zimmer Nr. 10 —  
öffentlich zu Jedermanns Einsicht auf.  
Haftatt, den 17. Juni 1920. 1730  
Bürgermeisteramt:  
Kerner. Gilbert.

Durch Verletzung und Diebstahl des Ma-  
terials ist das Holzhaus am Hühnerbach in einen  
Zustand verfallen, daß die Instandsetzung Mittel  
erfordern würde die bei den derzeitigen Ma-  
terialpreisen und Löhnen nicht aufgewendet wer-  
den können. Der Gemeinderat hat deshalb be-  
schlossen, von Instandsetzung, Eröffnung und  
Beaufsichtigung dieses Bades für das laufende  
Jahr abzusehen.  
1728  
Wer das bezeichnete Bad benutzt, tut dies auf  
eigene Verantwortung und Gefahr.  
Haftatt, den 8. Juni 1920.  
Bürgermeisteramt.  
Kerner. Joller.

**Hühholz-Versteigerung.**  
Die Stadtgemeinde Raftatt läßt  
am Montag, den 28. Juni, vormittags 10 Uhr,  
81 Eichenstämme und zwar 9 von Klasse 3, 29 von  
Klasse 4 und 48 von Klasse 5,  
26 Eichenstämme und zwar 1 von Klasse 3, 12  
von Klasse 4, 21 von Klasse 5 und 2 von  
Klasse 6  
40 Hainbuchenstämme und zwar 1 von Klasse 3,  
28 von Klasse 4 und 11 von Klasse 5,  
12 Kieferstämme und zwar 6 von Klasse 2,  
4 von Klasse 3 und 2 von Klasse 4,  
40 Birkenstämme und zwar 18 von Klasse 4 und  
22 von Klasse 5,  
1 Fichten- und 2 Kieferbaumstämme  
öffentlich versteigern.  
Zusammenkunft beim Bahnübergang an der  
Karlsruherstraße.  
Wegen Vorzeigen des Holzes wolle man sich  
an den Waldhüter Fritsch hier wenden.  
Auszüge aus der Stammholzliste können vom  
Bürgermeisteramt bezogen werden. 1737  
Haftatt den 18. Juni 1920.  
Das Bürgermeisteramt.  
Kerner. Gilbert.

**Offenburger Anzeigen.**  
Aus den letzten Verkaufstagen vom 27., 28.  
und 31. Mai sind in den nachverzeichneten Ge-  
schäften noch vorhanden:  
bei Geh. Bloch: 4 Stück Deckenbezüge, 5 Bett-  
tücher Qual. 2, 61 Mr. blau Leinen, 8 Mr.  
weiß Leinen 31 Mr. Hemdentuch, 3 Frauen-  
hemden;  
bei Gebr. Lannhauser: 3 Frauenhemden Qual-  
ität 2, 3 Deckenbezüge, 9 Mr. blau Leinen,  
4 Männer-Anzüge Qual. 1, per Stück 328.- M.;  
bei Schlenker: 1 Frauenhemd Qual. 2, 1  
Deckenbezug, 29 Mr. blau Leinen, 2 Mr.  
Roh-Drell;  
bei Kahn Karl: 24 Mr. blau Leinen, 8 Mr.  
Roh-Drell, 2 Mr. weiß Leinen;  
bei Kahner u. Cie.: 1 Frauenhemd Qual. 2, 81  
Mr. blau Leinen, 2 Mr. blau Rodstoff, 2  
Mr. Hemdentuch;  
bei Gebr. Kahn: 4 Stück Deckenbezüge, 2 Bett-  
tücher Qual. 2, 47 Mr. blau Leinen, 11 Mr.  
feldgr. Drell, 29 Mr. Hemdentuch;  
bei Weill Wiv.: 3 Frauenhemden Qual. 2, 4  
Deckenbezüge, 26 Mr. blau Leinen, 6 Mr.  
Hemdentuch;  
bei Hauser u. Levy: 1 Kostümrock, 2 Decken-  
bezüge 4 Betttücher Qual. 1, 48 Mr. blau  
Leinen, 6 Mr. Hemdentuch;  
bei Lauth Ferd.: 4 Deckenbezüge, 38 Mr. blau  
Leinen, 11 Mr. Roh-Drell, 9 Mr. Hemden-  
tuch, 11 Mr. Anzugstoff;  
bei Rheinbold Wiv.: 2 Betttücher Qual. 1, 6  
dito Qual. 2, 8 Mr. blau Leinen, 4 Mr.  
feldgr. Drell, 5 Mr. Bettlakenstoff, 4 Mr.  
Roh-Drell, 5 Mr. Hemdentuch;  
bei Spinner A.: 8 Frauenhemden Qual. 2, 1  
Deckenbezug, 20 Mr. blau Leinen, 2 Mr.  
Bettlakenstoff;  
bei Steinberger u. Cie.: 5 Frauenhemden  
Qual. 1, 7 dito Qual. 2, 2 Kostümrock, 2  
Deckenbezüge, 28 Mr. blau Leinen.  
bei Summiller: 3 Betttücher Qual. 2, 42 Mr.  
blau Leinen, 4 Mr. feldgr. Drell;  
bei Häppler J.: 32 Mr. blau Leinen, 12 Mr.  
Bettlakenstoff;  
bei Würter A.: 3 Frauenhemden Qual. 2, 1  
Betttücher Qual. 2, 14 Mr. blau Leinen;  
bei Tenschel J.: 3 Paar Strümpfe, 4 Frauen-  
hemden Qual. 1, 12 dito Qual. 2, 7 Anaben-  
hemden;  
bei Weyer Th.: 4 Paar Frauenstrümpfe, 4  
Frauenhemden Qual. 1, 3 dito Qual. 2, 3  
Anabenhemden;  
bei Wehner: 7 Paar Strümpfe;  
bei Weyl Wiv.: 3 Paar Strümpfe;  
bei Weyer u. Köhler: 5 Paar Strümpfe, 1  
Frauenhemd Qual. 2, 3 Anabenhemden;  
bei Plant A.: 3 Betttücher Qual. 1, 16 Mr.  
blau Leinen, 9 Mr. Roh-Drell, 2 Mr. Hem-  
dentuch;  
bei Konstanzer: 2 Anzüge Qual. 1 per Stück  
328.- M.;  
bei Meier J.: 6 Anzüge Qual. 1 per Stück  
328.- M., 1 Anzug Qual. 2 262.- M.;  
bei Stern B., Wiv.: 5 Anzüge Qual. 1 per  
Stück 328.- M.;  
bei Schenl F.: 5 Anzüge Qual. 1 per Stück  
328.- M.

Bezugsberechtigten sind in erster Linie die-  
jenigen minderberechtigten hiesigen Einwohner,  
die auf ihre am 27., 28. und 31. Mai ausge-  
stellten Berechtigungscheine, noch nicht erhal-  
ten haben.  
In diesen Fällen sind die Berechtigungscheine  
bei der Ausgabestelle vorzuzeigen. Wodann  
kommen in Betracht die Inhaber der Minder-  
bemitteltenausweise von Nr. 1600 bis 2075.  
Berechtigungscheinausgabe unter Vorlage der  
Minderbemitteltenausweise am Montag, den  
21. Juni 1920 von vormittags 8 1/2 bis 12 Uhr  
in der früh. Milchmischstelle, Fischmarkt 4.  
Offenburg, den 18. Juni 1920. 1711  
Kommunalverband Offenburg-Stadt.  
Abteilung Verteilung.



# Schuhverkaufszeit des Gewerkschaftskartells

## täglich von 9 bis 11 und 3 bis 6 Uhr

in der städtischen Ausstellungshalle Karlsruhe.

### Stadtgarten Karlsruhe.

Mittwoch, den 23. Juni 1920, abends von 7 1/2 Uhr ab

### Johannis-Feier.

### Doppel-Konzert

ausgeführt von dem Musikverein Harmonie  
Leitung: Herr Hugo Rudolph und dem  
Musikverein Karlsruhe (Gewerkschafts-Orchester)  
Leitung: Herr Eugen Leonhardt.

### Serenade

ausgeführt von der Karlsruher  
Mandolinengesellschaft.  
Leitung: Herr Georg Hymus.

### Feuerwerk

ausgeführt von Herrn Feuer-  
werkstechner W. H. Fischer  
aus Gleibrann.

### Am Schluß Johannis-Feier auf dem See

bestehen:  
Bengalische Beleuchtung.

Eintritt:  
Inhaber von Stadtgartenjahreskarten 1.50 M.  
Sonstige Personen 2.50 M.  
Kinder unter 10 Jahren jeweils die Hälfte.

Program 30 Pfennig.  
Die Eintrittskarten berechtigen nur zum ein-  
maligen Eintritt.  
Die Abonnementkarte ist mit der Eintritts-  
karte vorzulegen.

Der Tiergarten wird um 10 Uhr abgesperrt.  
Verkaufsstellen (von Montag, den 21. ds. Mts.  
ab) bei:

- Best, Zigarrengeschäft, Kaiserstraße 113,
- Branner, Stadtgarteneinnehmer,
- Doert, Musikalienhandlung, Kaiserstraße 159,
- Hilge, Zigarrengeschäft, Kaiserstraße 51,
- Freundlieb, Sportgeschäft, Kaiserstraße 185,
- Heller, Zigarrengeschäft, Kaiserstraße 179,
- Holzschub, Kaufmann, Werderstraße 48,
- Knaus Gebr., Papierhandlung, Kaiserstr. 68,
- Kühnel, Zigarrengeschäft, Durlacher Allee 4,
- Mehle, Zigarrengeschäft, Marktplatz,
- Morlok G. m. b. H., Zigarrengeschäft, Kaiser-  
straße 75,
- Müller, Musikalienhandlung, Kaiserstraße 124a,
- Neufeldt, Musikalienhandlung, Waldstraße 89,
- Nennen, Zigarrengeschäft, Philippstraße 1,
- Seemuth, Stadtgarteneinnehmer,
- Süddeutsches Zigarrenhaus, Ecke Kaiser- und  
Herrenstraße,
- Tafel, Musikalienhandlung, Kaiserstraße 82a.

Außerdem sind am Tage der Veranstaltung  
Karten von abends 6 Uhr ab auch am Eingang  
neben dem Verwaltungsgebäude des Garten-  
amts (Etilingerstraße 8) erhältlich. 1718  
Bei schlechtem Wetter wird die Feier auf Don-  
nerstag, den 24. 6. 20, abends 7 1/2 Uhr verlegt.  
Karlsruhe, den 17. Juni 1920.  
Die Stadtgartenkommission.

### Turnverein Aue b. Durlach

Mitglied des Arbeiter-Turn- und Sängerbundes

### Einladung zum 25. Stiftungsfest

des Turnvereins und 20jährigen Bestehen der Sänger-Abteilung  
am Samstag, den 26. Sonntag, den 27. und Montag, den 28. Juni 1920.

### Fest-Programm

Samstag, den 26. Juni, abends 7 Uhr:  
Bankett im Gasthaus zum Stern.  
Sonntag, den 27. Juni: 7 Uhr morgens:  
Weckruf, 8 Uhr: Turn- u. Rasenspiele.  
11 Uhr: Fröhlich-Konzert auf dem Festplatz. 2 Uhr nachmittags: Festzug.  
Anschließend Festrede des Turn- und Sängereines Wuttke aus Leipzig.  
Hierauf Gesammtchor aller beteiligten Gesangsvereine (Festgesang). 4 Uhr: Fortsetzung der Turn- und Rasenspiele. Gesang und Musikvorträge.  
Montag, den 28. Juni, nachmittags: Volksbelustigung.

### Fest-Bankett

Mitwirkende: Herr Opernsänger Franz Schwert vom Landestheater in Karlsruhe, Gemischter Chor des „Bruderbund“ Karlsruhe-Mühlburg, eine Abteilung des hiesigen Instrumental-Vereins, Damen-, Turner- u. Sängereines des Turnvereins. Musikalische Leitung: Herr Chorleiter H. Fröhlich aus Durlach.  
Kinder haben keinen Zutritt. 4093  
Zu diesen Veranstaltungen laden wir Freunde und Gönner unserer Sache freundlichst ein. Der Vorstand.

## Welt-Kino

Telephon 5448 Kaiserstr. 133

Nur 4 Tage!  
Samstag, Sonntag, Montag, Dienstag  
Der gewaltige Detektiv- und Abenteuer-Schlager

### Die lichtschene Dame

Detektiv- und Abenteuer-Schlager in 6 Akten.  
Aus dem Inhalt:  
Eine aufsehenerregende Erfindung. Ein raffiniert. Plan d. Verbrecher. Die Sprengung d. Villa d. Erfinders. Der Detektiv a. d. Arbeit. Die Feuersbrunst im Fabrikgeb. In den Flammen. Wahnsinnige Rettungsarbeiten. Der Kampf d. Verbrecher mit dem Detektiv. Der Detektiv wird durchs Fenster in den See geschleudert. Auf der Spur. Auf frischer Tat ertappt usw.

### Quatsch nicht Krause

2 Akte. 4108

## RESI Residenz-Lichtspiele

vom 19. bis 22. Juni 1920

Waldstraße 30

### Zwischen Lachen und Weinen

vier Akte mit

### Eva May.

### Die Jugendsünde

Ein Filmwerk in vier Akten mit Egede Nissen in der Hauptrolle.

Schillerstr. 22

### Das Tor der Sühne

vier Akte.  
Bruno Eichgrün in seiner Doppelrolle als Harry Key und William Horst.

### Johannistraum

Ein tragisches Filmspiel in sechs Akten.

### Träume sind Schäume

Lustspiel in zwei Akten.

Kaiserstraße 5

### Liebesleid der Fürstin Caesare Forelli

Drama in vier Akten. 4102

### Dem Glück entgegen

Drama in vier Akten.

### Bekanntmachung.

Die Inhaber der im Monat Oktober und November 1919 unter Nr. 12 294 5. mit Nr. 14 707 ausgehellen besiz. erneuerten Handelsmarke werden hiermit angefordert, ihre Pfänder bis längstens 12. Juli 1920 auszuliefern oder die Marke bis zu diesem Zeitpunkt erneuern zu lassen, widrigenfalls die Pfänder zur Versteigerung gebracht werden. 1714 Karlsruhe, 16. Juni 1920. Städt. Brandkasse.



### F.-C. Mühlburg

c. S. 4098  
Eigener Sportplatz an der Konigsstraße.

Jeden Mittwoch abend Stammisch der alt. Herren in der Bestenhalle.

Samstag, 19. Juni: 2. Schülermannschaft geg. R. F. S. auf dem S. F. S. Platz.

Sonntag, 20. Juni: 1. Schülermannschaft geg. R. F. S. auf dem S. F. S. Platz.

R. F. S. Mannschaft auf unserem Platz gegen Knicklingen. Beginn 10 Uhr

Kommende Woche Fortsetzung d. Auswahlspiele: Montag, 7. geg. 8. Mannsch. Dienstag, Auswahlspiel der Liga-Stadtmannschaft.

Mittwoch, Leichtathletik-Training: Donnerstag, 1. gegen 2. Mannschaft. Freitag, 3. geg. 4. Mannschaft. Samstag, 5. geg. 6. Mannschaft.



### Männer-Gefangenenverein Karlsruhe e. V.

Sonntag, 20. Juni 1920, nachm. 3 Uhr, beginnend, im großen schattigen Garten des Ref. „Kaisergarten“

### Gartenfest

verbunden mit Glöckchen-Preiswettbewerb, Kinder- und andere mehr. Freunde und Gönner des Vereins sind herzlich eingeladen. 4090 Der Vorstand.

600 Mk. monatlich auch mehr, verdienen Herren und Damen jeden Samstag u. allezeit durch Hebernahme einer Verschleiß- und Verkaufsbederle (auch nebenberuflich) Zepolinski, Berlin N 39 Reinickendorferstr. 109. 1712z

Zehring-Spezialitäten: Enkeltiswurst 1712z Speis-Steinigung 1712z Feinberbalsam, echt, kar-nelltergeit uho, laut in groß. Mengen lieferb. Berl. Sie bitte gratis Preisliste Otto Hamm, Penig Sa. chem.-pharmaz. Präparate.

### Kaninchenzucht-Verein „Stammverein“

Samstag, den 19. Juni und Sonntag, den 20. Juni 1920



### Kaninchen-Ausstellung

mit Glöckchen und Kaufgelegenheit, in Schremp's Bierkeller, Beiertheimer Allee 18/20

Eintritt 50 Pfg. Kinder 20 Pfg.

Um gefälligen Besuch ladet höflichst ein 4094 Der Vorstand.

**Hch. Tintelott Karlsruhe**  
Rasiermesser-Hohlschleifer  
mit elektr. Betrieb  
Solinger Stahlwaren.  
Tel. 4152

### Lebensbedürfnis-Verein Karlsruhe

Eingetragene Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.

Die berechneten Mitglieder werden zu der am

Mittwoch, den 30. Juni 1920, abends 7 Uhr

im großen Saale der Gesellschaft „Eintracht“ hier stattfindenden

### ausserordentlichen General-Versammlung

hiermit freundlichst eingeladen.

### Tages-Ordnung:

1. Die Entlohnung des Genossenschaftswesens. Vortragender: G. Prull, Vorsitzender des Aufsichtsrates.
  2. Antrag auf Erhöhung der Geschäftsanteile auf RM. 200.— und Änderung der §§ 3 und 5 der Statuten.
  3. Genehmigung des Ankaufs eines Grundstücks in Mühlburg.
- Der Eintritt in den Saal ist nur den Vereinsmitgliedern (männlich und weiblich) und nur gegen Vorzeigung der 1920er grünlichgelben Ausweisarte gestattet.  
Für die Frauen von Mitgliedern, die der Versammlung antwohnen wollen, ist die Galerie vorbehalten. Als Ausweis ist von denselben am Treppenaufgang das Mitgliedsbuch für 1920 vorzuzeigen. Zutritt zur Galerie vom Hofe aus.  
Karlsruhe, den 19. Juni 1920.

### Der Aufsichtsrat des Lebensbedürfnis-Vereins Karlsruhe

G. O. m. b. H.  
G. Prull, Vorsitzender. 4101

### Freireligiöse Gemeinde

Sonntag, 20. Juni, vormittags 10 Uhr

### Sonntagsfeier

(Alt. Segauer) 4108  
Vier Jahreszeiten (Geßelstraße 21).

### Palast-Lichtspiele

Herrenstr. 11 • Telephon 2502

### Ab heute Samstag

### Der große Prachtfilm

### Die einsame Insel

Ein Erlebnis aus dem Lande der Mitternachtsonne

Drama in 5 Akten von Axel Figdor  
Verfasser des Film-Romans: „No Terra da Vol“.

In den Hauptrollen:

Helga Molander  
Hans Mierendorf

Wundervolle, packende Bilder!  
Vollendete Schauspielkunst!

Original-Aufnahmen aus

### Schweden u. Norwegen

### Beiprogramm

Konkurrenz-musikalische Illustration  
ausgeführt von P. T. Orchester.

Leiter: 4108

### Kapellmeister Freudig.

No.

Die Be...

Berlin...

Abend...

12 Uhr...

Frei...

Der G...

eben...

Güter...

Kun...

inner...

gesch...

gesä...

Lubin...

Befehl...

dem E...

schiff...

Dien...

die st...

lichen...

Lubin...

zum T...

auf Bef...

schen u...

Abstie...

Lubin...

joßen...

und ih...

ausrüf...

ind. B...

her, W...

mittags...

marich...

Mirrie...

war ber...

nächst...

Ber...

vorliep...

los mit...

ischen...

Ernäh...

einem...

Abstän...

geben.

Der...

ben Er...

bis zum...

Die Son...

fen Fre...

hätere

Zon...

hoffung...

ung auf...

Streit...

nien un...

benen...

wort wi...

gel an...

beiden...

lands,

Anspru...

zugeben